Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Sendewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Post-Anstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Berlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 70. — Halle, Freitag, den 28. März 1919. — 3. Jahrgang.

Sicherung des Volksstaates.

Das kürzlich von der deutschen Nationalversammlung verabschiedete Reichswehrgesetz war ein Provisorium. Weil es als solches gedacht war, beschränkte man sich auf eine Freiwilligentruppe. Der Hinweis auf den provisorischen Charakter der jetzigen Reichswehr bedarf aber im Hinblick auf den bevorstehenden Friedensschluß einer ernsthaften kritischen Betrachtung. Was wir jetzt als provisorisch aufstellen, ist aller Voraussicht nach gar kein Provisorium, sondern **Arbeit für den Militarismus**, der Deutschland in Zukunft von der Entente zugedacht ist. Zu den Meldungen, die aus dem Wust der Nachrichten über die Friedensbedingungen von besonderer Bedeutung sind, gehören vor allem die über die

spätere Gestaltung des deutschen Heeres.

Die uns gestattete Ziffer spielt dabei nicht einmal die Hauptrolle. Ob es 250 000 oder 150 000 Mann sein werden, ist nicht so wichtig wie der andere Umstand, daß dieses „Heer" ein Söldnerheer sein muß. Die Mannschaften müssen, genau wie zu den Zeiten, der Despoten des 18. Jahrhunderts, mehr denn ein Jahrzehnt bei den Fahnen bleiben, werden also in aller Form Berufssoldaten. Auch England hatte vor dem Kriege ein solches Söldnerheer, und man scheint gerade mit dem Hinweis auf Britannien unserem Volke diesen deutschen Zukunftsmilitarismus schmackhafter machen zu wollen.

Aber der Vergleich hinkt, die Position des deutschen Söldnerheeres der Zukunft wird eine ganz, ganz andere sein als die des englischen in der Vorkriegszeit. Es wird geschaffen nach dem Diktat der Kriegführenden Gewalten und wird in dem ersten Lande der allgemeinen Wehrpflicht sofort als

Fremdkörper

geschaffen. Das bedeutet gerade im gegenwärtigen flüssigen und gärenden Zustand unserer Staatswerdung eine doppelte und dreifache Gefahr. Das Heer der allgemeinen Volksbewaffnung, die Volksmiliz, wird der jetzt die politische Macht in Händen haltenden Sozialdemokratie direkt verboten. Die freiwilligen Truppenformationen von heute sind zwar zur Sicherung des sozialistisch-demokratischen Regimes verpflichtet. Daß diese Formationen aber in ihrer inneren geistigen Verfassung durchweg als sozialistische Truppen anzusprechen sind, muß in aller Ruhe bezweifelt werden. Und für ihre sozialistische Durchdringung, ihre republikanisch-demokratische Festigung kann in der gegenwärtigen Situation leider auch sehr wenig getan werden. Diese Erziehungsarbeit wird sogar direkt verhindert durch den Bruderkampf der Sozialisten. Die indifferenten Bestände dieser Truppe werden durch die Häßlichkeit und Verworrenheit dieses Bruderkampfes direkt und indirekt geradezu behindert, sich sozialistisch zu orientieren.

Dies und der Zwang der Entente macht ein solches Söldnerheer zu einer

Gefahr für unsere innere Entwicklung.

Die jetzt eifrig arbeitenden Extremen des alten Systems zerren von rechts daran. Es tauchen dafür täglich neue Beweise auf, daß das alte aktive Offizierkorps an der sozialistischen und republikanischen Entwertung dieses Instruments arbeitet. Der viel kritisierte Kommandoerlaß gibt zwar den Soldatenräten nicht die Kommandogewalt und leider auch nicht die Wählbarkeit der Führer, wie es das Ideal des Milizheeres nach unseren Begriffen wünscht, aber er gibt den Soldaten doch das gewichtige Recht, die Regierung aufzufordern, politisch der Reaktion dienende Führer abzusetzen. Ein solches Recht hat natürlich nur Wert, wenn es von Soldaten gehandhabt wird, die selbst über politische Reifegrade verfügen. Ist das nicht der Fall, wird es nur ein papiernes Recht bleiben und weder den Soldaten noch der Regierung etwas nützen. Heute mehren sich in der Tat die Zeichen, daß das Element der aktiven Offiziere ganz planmäßig versucht, das so bitter nötige Ordnungsinstrument der sozialistisch-demokratischen Regierung von der politischen Tendenz eben dieser Regierung abzutreiben. Nur ein Beispiel aus der allerjüngsten Zeit. General von Boekmann, Kommandierender im Gardekorps, hat dieser Tage vor dem Korpssoldatenrat eine Rede gehalten, die von der

angedeuteten Planmäßigkeit

eine recht nachdenkliche Probe gibt. Der General, der also einer sozialistisch-demokratischen Regierung dient, maßte sich das Recht an, folgende antidemokratische und antipolitische Rede zu halten:

„Sie haben sich alle Anordnungen, zu welchem der Chef des Stabes noch die nötigen Anweisungen geben wird, anzupassen. Ich kann es nicht dulden, daß von seiten des Korpssoldatenrates bei den Truppen eine Kontrolle ausgeübt wird. In den Kasernen haben Sie nichts zu suchen.

Wenn Sie mit mir verkehren wollen, melden Sie sich beim Chef des Stabes, und wenn ich es für notwendig erachte, werde ich Sie hören.

Militärisch bin ich Ihr Vorgesetzter und verlange von Ihnen, daß Sie nur militärisch mit mir verkehren. Sollten einige unter Ihnen sein, die dies auf Grund der mangelhaften Ausbildung nicht können, so haben sie sich dies recht bald anzueignen."

Das sind Zeichen, die wir unter keinen Umständen leicht nehmen dürfen. Mit dieser Entpolitisierung der Truppen treiben wir wieder dem Zustand entgegen, der die Armee nur zum blind gehorchenden Instrument in der Hand der Führer macht. Bei einem Söldnerheer, das nie aus dem Volksganzen kommt, an dem das Volk nie verpflichtet ist, das deshalb auch nicht aus den politischen und sozialen Gefühlen des Volkes gespeist wird, ist die Gefahr eines solchen Mißbrauchs noch unendlich viel größer.

Nur eine Volkswehr, an der jeder Volksgenosse im Waffendienst verpflichtet ist,

sichert den Volksstaat,

den die Volksmehrheit will. Volk, Staat und Wehr sind eins in ihren Zwecken und Zielen, und eines ist nicht gegen das andere zu gebrauchen. Nur in einer solchen Heeresorganisation liegt der einzige Schutz gegen den Mißbrauch, den ehrgeizige Führer wagen können.

Nach dem Diktat der Entente, in Deutschland die Wehrpflicht zu verbieten und ein Söldnerheer aufzustellen, haben wir diese Gewähr nicht mehr. Im Gegenteil: das deutsche Volk wird direkt in die Gefahren reaktionärer Gegenexperimente hineingestoßen, wenn sein Heer kein Volksheer mehr sein soll, wenn die Politisierung der Soldaten aufgehoben und die der Kommandanten im verstärkten Maße anerkannt wird. Daß diese Kommandeure heute noch der sozialistisch-demokratischen Regierung verpflichtet sind, beweist gar nichts dafür, daß dieses Verhältnis immer so bleiben soll. Leute vom Schlage Boekmann denken gar nicht daran, Sozialisten oder Demokraten zu werden. Sie leihen jetzt ihre militärischen Talente der Regierung, damit sie den Terror und die Anarchie vom Lande fernhalten kann. Ist ihnen das geglückt und ist die indifferente Armee fest in ihrer Hand, wer garantiert uns dann, daß sie dieses Instrument nun nicht den Parteien ihrer inneren Ueberzeugung, ihrer stillen Sehnsüchte **zur Verfügung stellen?** Daß in jenen Kreisen solche Sehnsüchte vorhanden sind, kann nicht bestritten werden. Würde der deutsche Sozialismus sich nicht den

tollen Luxus der Selbstzerfleischung

leisten, dann könnte diese Gefahr natürlich leichter auch bei einem Söldnerheer pariert werden. Ganz sicher aber kann sie nur dann beseitigt werden, wenn wir neuen Deutschen uns einen solchen Militarismus, der unerträglich und unvereinbar ist mit unserer ganzen revolutionären Erneuerung, nicht gefallen lassen. Das Söldnerheer, das uns die Entente aufzwingen will, wird für die deutsche Demokratie und Freiheit eine Gefährdung sein, die uns höchstwahrscheinlich nach Schließung des äußeren Friedens den Unfrieden im Innern bringen wird. Unsere Friedensdelegation sollte **den westlichen Demokraten auch diese Gewissensfrage vorlegen.**

Ob es geschehen wird, darüber wissen wir ebensowenig etwas, wie über manche andere Schicksalsfragen, die unsere Friedensdelegierten in Versailles stellen sollen. Etwas mehr Schicksalsprogramm hätte die Weimarer Versammlung unseren Friedensmännern schon mit auf den Weg geben können. Und dazu gehörte auch der feste Willensausdruck, das Söldnerheer abzulehnen.

Das neue Preußen.

In Preußen, dem alten Dreiklassen-Preußen, ist eine Regierung auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage gebildet worden. Große Schwierigkeiten waren bei der Bildung des Kabinetts zu überwinden. Völlig befriedigend wird niemand die Lösung finden. Denn wenn man sich schon mit dem Eintritt der bürgerlichen Demokraten in die Regierung einverstanden erklären konnte, weil ohne sie eine Mehrheitsbildung unmöglich ist, und weil die Demokraten bei dem notwendigen Umbau der preußischen Verwaltung nützliche Hilfe leisten können, so nimmt man doch viel weniger leicht die Tatsache hin, daß auch das Zentrum in der Regierung vertreten ist, dessen kulturpolitisches Programm sich mit dem der Sozialdemokraten ja selbst der Demokraten in keiner Weise vereinigen läßt.

Unter diesen Umständen wirkt es fast als angenehme Ueberraschung, daß der Ministerpräsident, Genosse Hirsch, in seiner Programmrede die **Trennung von Kirche und Staat**, die freie Religionsübung eines jeden Bekenntnisses und die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht in Aussicht stellen konnte. Mit der Trennung der Kirche vom Staate und der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht wird ja auch selbstverständlich die konfessionelle Schule fallen müssen. Die Zukunft muß lehren, ob das Zentrum die Erkenntnis der Zeitumstände an der Lösung dieser Aufgaben so zu arbeiten beabsichtigt, daß sich ein schwerer Konflikt zwischen ihm und der Sozialdemokratie vermeiden läßt. Wäre das der Fall, so dürfte man es begrüßen, denn wir suchen wahrlich nicht den Konflikt um des Konfliktes willen. Aber die hohen kulturellen Ziele unserer Partei dürfen dabei in keiner Weise zu kurz kommen; ein Staat, an dessen Leitung wir uns beteiligen, darf nicht mehr der Büttel irgendeiner Orthodoxie sein, die Schule muß instand gesetzt werden, vorurteilslose und freie Bürger der Republik heranzuziehen. Läßt sich das ohne Konflikt nicht erreichen, so darf dem Konflikt nicht aus dem Wege gegangen werden. Die Beteiligung des Zentrums an der Regierung ist eine Schwierigkeit, die zurzeit in Kauf genommen werden muß, das Geschrei der Unabhängigen aber über den angeblichen „Verrat" an der freien Kulturpolitik, den die Sozialdemokratie begangen haben soll, ist blanke Heuchelei und wird auf keinen Eindruck machen, der die bedenkenlose parteipolitische Mache durchschaut.

Die Verteilung der Auslandslebensmittel.

Bezüglich der aus dem Auslande hereinkommenden Lebensmittel herrscht vielfach Unklarheit, die ebenso zu übertriebenen Hoffnungen auf eine Besserung der Ernährungslage, wie zu Befürchtungen über die gerechte Verteilung der eingeführten Mengen Anlaß gibt. Demgegenüber wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß die Auslandslebensmittel ausschließlich der Bewirtschaftung durch die Behörden zugeführt und innerhalb des bestehenden Versorgungsplanes an die notleidenden Gemeinden geleitet werden. Sie werden in erster Linie zur Aufrechterhaltung der bisherigen Rationen benutzt, ohne die Auslandssendungen hätten diese, wie vor dem Lebensmittelabkommen betont worden ist, nicht aufrechterhalten werden können.

Bei voller Lieferung der in Aussicht gestellten Mengen ist zu hoffen, daß allmählich auch eine Erleichterung der Ernährungslage durch Ausgabe von Zusatzrationen erzielt werden kann. Zusicherungen in dieser Hinsicht können so lange nicht gegeben werden, wie die Höhe der Sendungen noch nicht zu übersehen ist. Selbstverständlich würden auch die Mengen, die sich nach Sicherstellung der gegenwärtigen Rationen jeweils als Überschuß ergeben, der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen und innerhalb des Rationierungssystems durch die Kommunalverbände verteilt werden.

Ein „Führer".

Bei dem letzten Generalstreik in Mitteldeutschland wurde als einer der „Führer" der Bewegung **Herr Steiger Peters** oft genannt. Er ist einer von den vielen „grundsatzfesten" Unabhängigen, die unbedingt wissen, „wo sie hinwollen". Es lohnt vielleicht, einmal ein kleines Bildchen von Herrn Peters als „Politiker" und „Ueberzeugungstreuer" zu geben und auch dadurch seine Qualifikation als „Führer" ins rechte Licht zu rücken.

Was Herr Peters vor der Revolution politisch war, wissen wir nicht, jedenfalls aber „Nichts". Nach der Revolution war er „unabhängig" und um den 1. Januar rum war er mehrmals in unserem Parteisekretariat in Halle, trat zu unserer Partei über, hielt die Politik der Unabhängigen für die verkehrteste und wollte den ganzen unabhängigen Parteiverein in Schlettau „umschmelzen". Doch Herr Peters „wollte was werden", und recht bald hat sich dazu die Gelegenheit. Auf der Bezirkskonferenz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190328-18/fragment/page=0001

der A.- und S.-Räte am 30. Januar 1919 sollte ein Beigeordneter für den Reichskohlenkommissar gewählt werden. Dazu wurde Herr Peters vorgeschlagen, doch man hatte Bedenken von wegen seiner „Grundsatzfestigkeit". Aber die Besorgnis war überflüssig, denn Herr Peters war ein „ganz Grundsatzfester". Als er an diesem Abend nach Hause kam, ging er zu dem Vorsitzenden unseres Vereins in Schlettau, gab ihm sein Parteibuch und sagte, er trete aus unserer Parteiaus, trat darauf wieder, und zwar sofort, der unabhängigen Partei bei. So ist uns dieses „treue" Mitglied wieder verloren gegangen und wir trauern heute noch um diesen Ritter sonder Furcht und Tadel. Ja, ja, aber so einer muß man nun einmal sein, um im Rate der „Unabhängigen" gehört zu werden und „Ueberzeugung" und „Rückgrat" muß man haben, um „Führer" des Volkes zu werden, um den Massen den Weg zeigen zu können, der „aufwärts" geht.

Lohnausfall und Streik.

Man schreibt uns: Durch einen achttägigen Streik ist den Schaffnern und Führern der Großen Berliner Straßenbahn, rund 12 000 Angestellten, ein Ausfall in Höhe von rund 1 260 000 Mark entstanden. Wie diese fortgesetzten wilden Streiks im Ruhrgebiet gewütet haben, wie sie außer dem Rückgang der Kohlenförderung auch den Geldbeutel der Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen haben, wird jetzt einwandfrei durch nachfolgende, an zuständiger Stelle bearbeiteten Zahlen erwiesen. Die Streiks lassen zunächst einen bisher nie gekannten Tiefstand der Produktion erkennen. Es wurden weniger gefördert im November 75 000 To., im Dezember 220 000 To., im Januar 328 000 To. und im Februar 536 000 To., das sind zusammen 1 986 000 To., die uns an nicht geförderten Kohlen verloren gegangen sind. In gleicher Weise haben natürlich auch die Schichten durch die Streiks eine gewaltige Verminderung erfahren, und zwar zählte man im November 107 531, im Dezember 121 546, im Januar 350 545 und im Februar 927 218 Streikschichten, zusammen also 1 712 885 durch Arbeitseinstellung ausgefallene Schichten. Sie bewirkten einen Lohnausfall von 1,22 Millionen Mark im November, 3,03 Millionen Mark im Dezember, 4,91 Millionen Mark im Januar und 12,98 Millionen Mark im Februar, zusammen also ein Betrag von 23,04 Millionen Mark an durch Streiks ausgefallenen Löhnen. Zugrundegelegt wurde diesen Zahlen ein amtlicher Durchschnittslohn von 11,40 Mk. im November, 12 Mk. im Dezember und 14 Mk. im Januar und Februar pro Kopf und Schicht. Wenn man hierbei noch besonders in Vergleich zieht, daß bei dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1908 den Streikenden der Betrag von 10 Millionen Mark und beim Streik im Jahre 1912 ein solcher von 7,7 Millionen Mark verloren ging, so sind die oben genannten 23,04 Millionen Mark an Lohnausfall, die lediglich auf das Konto der wilden Streiks zu setzen sind, ein deutliches, aber hoffentlich abschreckendes Beispiel, wie wenig gerade der Arbeiterschaft mit wilden, lediglich von politischen Fanatikern inszenierten Streiks gedient ist.

Kein Streik.

Die Kommunistische Partei hatte gleich nach Beendigung des letzten Generalstreiks unter der Groß-Berliner Arbeiterschaft lebhaft für einen erneuten Generalstreik geworbt, der am 20. März beginnen sollte. Die Agitation für diesen Streik ist in einem Maße erfolgt, wie kaum jemals zuvor. Zahlreiche Flugblätter machten in den Berliner Betrieben die Runde. Ihre aufreizende Sprache hat alles überboten, was selbst von den Kommunisten und Spartakisten bisher in dieser Beziehung geleistet worden ist. Betriebsversammlungen wurden zum Zwecke dieser Agitation mißbraucht und auch bei allen sonstigen Gelegenheiten ist für den neuen Streik agitiert worden.

Alle diese Bemühungen sind vergeblich gewesen. Es ist nicht nur irgends geßtreik worden, es fehlen auch jegliche Anzeichen, daß die kommunistische Propaganda irgendwo Erfolg zeigen solle. Die Arbeiterschaft scheint sich darüber klar geworden zu sein, welchen Wahnsinn solche politische Streiks augenblicklich darstellen.

Unsere Rationen.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte am Donnerstag Reichsminister Schmidt, daß leider durch die amerikanische Einfuhr, die noch nicht durchweg gesichert sei, es sich nicht ermöglichen lassen werde, der Bevölkerung 500 Gramm Fleisch wöchentlich zuzuweisen. Zur Erhaltung des Zuckerrübenbaues, wenigstens in der Höhe des Vorjahres, werde der Preis für die Rüben erhöht werden. Die Zuckerfabriken würden zum Teil in später Produktion freie Hand bekommen. Der Mundzucker werde aber zu entsprechenden Preisen an die Bevölkerung kommen. Nach Freigabe der Eierhandels werde sehr darauf geachtet werden, wie diese Freigabe auf die Versorgung und auf die Preisgestaltung wirken werde.

„Vollständig unpolitisch."

Wir lesen in einigen bürgerlichen Blättern folgende interessante Annonce:

„Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. Vollständig unpolitisch — nur rein menschlich! Deutsche Bürger und Bürgerinnen! Tretet für den ehemaligen deutschen Kaiser ein, dem Ihr 26 Friedensjahre zu verdanken gehabt habt, und der noch in letzter Stunde den Krieg verhindern wollte."

Und so geht es weiter und schließlich soll man also beitreten und 1 Mark Beitrag zahlen und an einen Hauptmann z. D. schreiben. Ein neuer Bund ist gegründet! Hurrah! Krautjunker, Reaktionäre, Schlojdrone und Raubritter vereinigt Euch!

Reform des Militärstrafrechts.

Die von der Regierung angekündigte Reformvorlage betreffend die Militärstrafgerichtsordnung ist im preußischen Kriegsministerium schon seit einiger Zeit fertiggestellt. Der Entwurf ist den Ministerien der Gliedstaaten und dem Reichsmilitärgericht zur Prüfung zugestellt worden und wird demnächst den Gegenstand der Beratungen im Reichsministerium bilden.

Das englische Unterhaus für den Kanaltunnel.

Wie die P. P. R. über Kopenhagen erfahren, hat der parlamentarische Ausschuß für die Schaffung des Kanaltunnels kürzlich im Unterhaus eine Sitzung abgehalten. Im Verlaufe der Debatte gab ein Redner die Erklärung ab, daß von den 256 Parlamentariern, die zur Meinungsäußerung über das Kanaltunnel-Projekt aufgefordert wurden, 246 sich entschieden für die sofortige Verwirklichung ausgesprochen haben.

Kurze Notizen.

Die diplomatischen Beziehungen. Zuverlässig versichert, daß man in Amerika beabsichtigt, die Beziehungen mit Deutschland zum 1. Juni wieder aufzunehmen.

Gute Nahrungsmittel. Von deutscher Seite ist nach Untersuchungen die Qualität der zur Verfügung gestellten Lebensmittel als gut bewiesen worden.

Abschaffung des Adels. Der bayrische Landtag beschloß, den Adel in Bayern abzuschaffen.

Ein Sozialisierungsamt in Sachsen. Das sächsische Gesamtministerium hat das Wirtschaftsministerium beauftragt, eine Vorlage über Errichtung eines Sozialisierungsamts auszuarbeiten. Der Wirtschaftsminister soll mit dem Arbeitsminister und mit den Gewerkschaften aller Richtungen über die Ausbildung von Arbeitern für die Aufgaben der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte ins Benehmen treten.

Arbeiterunruhen in Petersburg. Ueber Finnland wird den P. P. R. gemeldet: In Petersburg herrschen gegenwärtig erneute Arbeiterunruhen gegen die Sowjetregierung

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 27. März.

Vom Abgeordneten Adolf Hoffmann (U. S.) ist ein Antrag eingegangen, den 1. Mai und den 9. November zu Nationalfeiertagen zu erklären. Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Umlegung von Grundstücken in Köln wird in erster und zweiter Beratung angenommen. Hierauf wird die Besprechung der Erklärungen des Staatsministeriums vom 13. März fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun: Ich verurteile die revolutionären Kundgebungen, die sich jetzt wieder in landwirtschaftlichen Versammlungen, in Landwirtschaftskammern usw. äußern. Gegen etwaige Wiederholungen werde ich mit allen Mitteln einschreiten. (Unruhe rechts.) Die Landwirtschaft ist der einzige Erwerbszweig, der restlos in allen seinen Gliedern im Kriege gut verdient hat. Die Regierung wird nach Kräften Mittel bereit stellen, um die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten. Genügend Arbeitskräfte sind im Inlande vorhanden. Der Arbeitgeber darf nicht die sozialdemokratische Betätigung der Arbeiter durch wirtschaftliche Nachteile bestrafen. Die Landwirte müssen auch für bessere Arbeiterwohnungen sorgen. Sonst begreifen sie ihre Zeit nicht. Höhere Löhne können bei einer intensiveren Gestaltung der Landwirtschaft sehr wohl gezahlt werden. Die allgemeine und fachliche Bildung des Landarbeiterstandes bedarf noch durchgreifender Hebung. Ich gedenke, künftig die Domänen teils in staatliche Musterwirtschaften umzuwandeln, teils zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung zu bringen. Ich hoffe, daß das Haus die ihm vorgelegten, auf die innere Kolonisation bezüglichen Gesetze bald verabschieden wird. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. von Richter (D. Vpt.): Die Klage des Ministers über die ländlichen Wohnungsverhältnisse trifft in ihrer Allgemeinheit nicht zu. Wir wünschen nicht, daß mit jedem Ministerwechsel auch ein Wechsel der politischen Beamten erfolgt.

Abg. Schreck (Soz.): Die Angriffe gegen die Arbeiter- und Soldatenräte sind ungerecht. Notwendig ist die eilige Demokratisierung der ganzen Verwaltung. Die Einwohnerwehren dürfen nicht etwa zu Schutzwehren rückständiger Landräte werden. Die Durchführung des Sozialismus kann nur auf organischem Wege erfolgen, die unter Umständen Jahrzehnte erfordert. Jede Gewalt dabei lehnen wir ab. Der Belagerungszustand darf nicht einen Tag länger aufrechterhalten bleiben, als es unbedingt nötig ist.

Abg. Dr. Frentzel (Dem.): Auch wir fordern vollen Aufschluß über den Verbleib der großen Summen, die unsere Staatsschulden zu ihrer jetzigen Höhe haben anschwellen lassen. Hoffentlich wird der rechte Weg zum finanziellen Wiederaufbau aufgefunden.

Ein Regierungskommissar: Die Tarifreform mußte im Wege der Verordnung durchgeführt werden, weil größte Beschleunigung notwendig war. Der Güterverkehr verteuert sich um 60 Prozent, der Personenverkehr in der 4. Klasse um 25 Prozent, in der 3. Klasse um 30 Prozent, in der 2. Klasse um 40 Prozent und in der 1. Klasse um 100 Prozent.

Abg. Hergt (D. N.): Wir sind nicht gewissenlos, um das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Bei etwaigen Maßnahmen gegen ungehorsame Beamte bitte ich die Regierung zu bedenken, daß viele Beamte den Anordnungen der Revolutionsregierung nur deshalb nicht nachgekommen sind, weil sie sich noch durch ihren Beamteneid an die alte Verfassung gebunden fühlten.

Ministerpräsident Hirsch: Was ich gestern über die Gegenrevolution sagte, war völlig ernst. Entschieden verwahre ich mich gegen den Vorwurf, etwa ein Schuldbekenntnis abgelegt zu haben. Die Revolution war eine natürliche Folge der Kriegspolitik.

Den politischen Beamten gestehen auch wir das Recht der freien politischen Meinungsäußerungen zu. Wir können aber nicht dulden, daß sie Maßnahmen der Regierung durchkreuzen. Ich habe die einschlägigen Anzeigen alle selbst geprüft und mich in einer großen Zahl von Fällen im Sinne der beschuldigten Beamten entscheiden können. Wir sind keine Parteiregierung und wollen keine sein.

Justizminister Dr. Südekum: Wir haben zum Teil Lasten übernommen, die sich aus den Unterlassungen der früheren Regierung erklären. Das gilt insbesondere von den Aufbesserungen der Arbeiter und Beamten. Die Verirrung in der Lohnbewegung ist nur durch die Hungerblockade hervorgerufen. England trifft mit der Vorwurf der Barbarei, daß es nicht wenigstens nach Beendigung der Feindseligkeiten die Blockade aufhob. Zur Sozialisierung sind nur gewisse hoch entwickelte Industrien herangereift. An der schlechten Finanzlage Preußens trägt die Schuld allerdings zum Teil das System des Sferrich im Reiche. Bezüglich der Kriegsanleihen halte ich an der Garantie für ihre Aufrechterhaltung und Verzinsung fest. Das ist eine Ehrenpflicht. Wir werden doch nicht diejenigen Besitzenden strafen, die ihre Ehrenpflicht gegen das Vaterland erfüllt, und diejenigen schonen, die etwa ihr Geld indessen in Schiebergeschäften angelegt haben.

Die Beratung wird abgebrochen.

Ein Antrag der Unabhängigen dahin zu wirken, daß der von den Engländern verhaftete Abgeordnete Bellert aus Solingen schleunigst freigelassen werde, wird einstimmig angenommen.

Freitag 11 Uhr: Notetat. Fortsetzung der Beratung. Schluß 6¼ Uhr.

Die Not der Arbeiterinvaliden.

Mit das traurigste Los unter allen denen, die unter der entsetzlichen gegenwärtigen Entwertung des Geldes zu leiden haben, müssen wohl die Arbeiter-Invaliden tragen. Den meisten anderen Leidtragenden ist es ja gelungen, sich irgendwie einen Ausgleich für die Geldentwertung zu schaffen — wenn es auch niemand einfallen wird, zu behaupten, daß die Hauptmassen der Arbeiter, der staatlichen und städtischen Beamten und der Angehörigen der sogenannten freien Berufe auch nur annähernd in der Lage gewesen sei, die Entwertung des Geldes voll auszugleichen. Sogar die Allergeringsten der Arbeiterversicherung sind, wenn auch dürftig genug, doch wenigstens in etwas mit einer Erhöhung der Löhne bedacht worden, die ihnen ausgezahlt werden, sie führen ganz gewiß kein schönes Leben, sondern müssen sich elend einschränken, aber sie sind doch lange nicht die Verlassensten der Verlassenen. Das sind und bleiben die Invaliden-Rentner. In einer Zuschrift eines Invaliden-Rentners heißt es:

„Was aber bekommen wir unglücklichen Arbeiter-Invaliden, die wir durch Krankheit oder Altersschwäche zusammengebrochen sind und nicht arbeiten können? Wir haben das schreckliche Los, uns als Arbeits-Invaliden melden zu müssen und wir bekommen (hier sind die 8 Mark Teuerungszulage dabei) 20—30 Mark für

Die Geschichte zweier Städte.

(27) Roman von Charles Dickens.

Vielleicht ein wenig ärgerlich über sich selbst, flog Mr. Lorry hastig in die Sänfte und ließ sich nach Tellsons Bank tragen. Carton, der nach Vorwurfen roch und nicht ganz nüchtern zu sein schien, lachte dann und sagte zu Darnay:

„Ein seltsamer Zufall ist's, der Sie und mich zusammenführte. Es muß eine seltsame Nacht für Sie sein, hier auf der Straße allein mit Ihrem Doppelgänger zu stehen?"

„Es kommt mir nach gar nicht so vor, als ob ich dieser Welt angehörte," entgegnete Charles Darnay.

„Das wundert mich nicht; es ist nicht lange her, daß Sie ziemlich weit auf Ihrem Wege nach einer anderen waren. Nach Ihrer Sprache sind Sie angegriffen."

„Mir kommt es so vor, als wäre ich sehr angegriffen."

„Warum, zum Teufel, gehen Sie dann nicht zu Tisch? Ich für meinen Teil habe gegessen, während diese Eitelkeiten mitleidenden Katze gingen, welcher Welt Sie angehören wollen — dieser oder einer andern. Ich will Ihnen aber wenigstens das nächste Gasthaus zeigen, wo man gut ißt."

Er nahm ohne Umstände den Arm Darnays, führte ihn Ludgate-Hill hinab nach Fleet-Street und dort durch einen langen, überdachten Gang in ein Wirtshaus. Dort wies man sie in ein kleines Zimmer, wo Charles Darnay sich bald bei einem guten, einfachen Diner und gutem Weine stärkte, während Carton ihm gegenüber an demselben Tisch saß, seine besondere Flasche Portwein vor sich hatte und ihm mit seiner halb isolierten Manier zusah.

„Nun, stützen Sie jetzt, daß Sie wieder diesem irdischen Schauplatze angehören, Mr. Darnay?"

„Ich bin schrecklich verwirrt über Zeit und Ort; aber soweit es ich hergestellt, um das zu fühlen."

„Es muß Ihnen zur unendlichen Befriedigung gereichen."

Er sagte das mit Bitterkeit und schenkte sich sein Glas wieder voll, das ziemlich groß war.

„Was mich betrifft, so ist mein größter Wunsch, zu vergessen, daß ich zu dieser Welt gehöre! Sie hat nichts Gutes für mich — außer Wein, gleich diesem — und ich habe nichts Gutes für sie. So gleichen wir uns in diesem Punkte nicht sehr. In der Tat fange ich an zu glauben daß wir uns in keiner Einzelheit sehr ähnlich sind."

Von der Aufregung des Tages noch verwirrt und von der Anwesenheit seines Doppelgängers mit dem gemeinen Betragen wie von einem Traum befangen, wußte Charles Darnay nicht, was er antworten sollte, und antwortete darauf gar nicht.

„Da Sie jetzt mit dem Essen fertig sind," fuhr Carton gleich darauf fort, „so sollten Sie doch eine Gesundheit ausbringen, Mr. Darnay; warum tun Sie es nicht?"

„Auf wen soll ich eine Gesundheit ausbringen?"

„Mein Gott, der Name schwebt Ihnen auf der Zunge. Es sollte wenigstens und es muß der Fall sein, ich schwöre darauf."

„Mit Manette etwa?"

„Gut, Mit Manette!"

Carton hob seinen Begleiter fest an, während er den Tisch umkreiste und dort dann das Glas über die Schulter an die Wand, wo es in tausend Stücke zerbrach dann klingelte er und bestellte ein neues Glas.

„Eine schöne junge Dame, um sie im Dunkeln nach der Kutsche zu geleiten, Mr. Darnay!" sagte er und schenkte sich sein neues Glas voll.

Ein kaum merkbares Runzeln der Stirn und ein kurzes Ja war die Antwort.

„Und von einer so schönen jungen Dame bedauert und betrauert zu werden! Wie mag das wohl sein? Ich glaube, es ist wert, sich einen Prozeß um sein Leben machen zu lassen, wenn man dafür Gegenstand solchen Erbarmens und Mitleids wird. Nicht wahr, Mr. Darnay?"

Abermals sagte Darnay nur keine Antwort zu geben.

„Ihre Gesundheit sollte ihr schreckliche Freude, als ich sie ihr überbrachte. Nicht, daß sie diese besonders an den Tag legte, aber meiner Meinung nach war es entscheidend der Fall."

Die Anspielung erinnerte Darnay noch zu rechter Zeit, daß ihm dieser unangenehme Gesell aus eigenem Antrieb im Laufe des Tages aus einer Verlegenheit geholfen hatte. Er brachte das Gespräch darauf und dankte ihm für seine Vermittelung.

„Ich verlange weder Ihren Dank, noch verdiene ich ihn," sagte der andere gleichgültig. „Erstens war keine Mühe dabei, und zweitens weiß ich gar nicht, weshalb ich es eigentlich getan habe. Mr Darnay, erlauben Sie mir eine Frage?"

„Mit Vergnügen, und die Antwort ist nur ein geringfügiger Dank für Ihre freundlichen Dienste."

„Glauben Sie, daß ich Sie besonders gern habe?"

„Wahrhaftig, Mr. Carton, ich habe mir diese Frage selbst noch nicht vorgelegt," entgegnete der andere, einigermaßen von der Anrede in Verwirrung gebracht.

„Nun, so tuen Sie sich jetzt einmal die Frage vor."

„Sie haben gebeudelt, als ob sie mich gern hätten; aber ich glaube nicht, daß es der Fall ist."

„Ich glaube es auch nicht," sagte Carton. „Ich fange an, von Ihrem Urteil eine sehr gute Meinung zu bekommen."

„Nichtsdestoweniger," fuhr Darnay fort, indem er aufstand, um zu klingeln, „nimmt Sie nicht, bitte ich, daß ich die Rechnung beisetze und daß wir ohne böses Blut zwischen uns voneinander scheiden."

Carton erwiderte: „Durchaus nicht!" Darnay klingelte. „Beachten Sie die ganze Rechnung?" sagte Carton. Auf seine bejahende Antwort fuhr er fort: „Dann bringen Sie mir noch eine halbe Flasche von diesem Wein, Kellner und wecken Sie mich dann um sechs Uhr."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190328-18/fragment/page=0002

einen Monat. Das sind täglich 60 Pf. bis 1 Mk. Ja, und das Schreckliche noch dazu: dem Invaliden seine Lebensgefährtin will auch noch leben dürfen; das macht dann für jeden dieser zwei unglücklichen Menschen 30—50 Pf. täglich."

Nichts spricht stärker für die Notwendigkeit, in den Zustand dieser Dinge einmal gründlich hineinzuleuchten, als die einfache schlichte Schilderung der harten Tatsache, wie sie einer, der es am eigenen Leibe spürt, hier gibt. Es muß bald und gründlich etwas für diese Aermsten der Armen getan werden. Und wenn die Nationalversammlung nicht von selbst Zeit und Ruhe findet, um sich um die bitteren Leiden dieser Unglücklichen zu kümmern, so muß ein Petitionssturm in allen Gemeindevertretungen, in allen Stadtverordnetengarnituren angesetzt werden, der die Allgemeinheit mit der Nase dreinstößt, daß sie hier Pflichten zu erfüllen hat, die das alte Regime nicht erfüllt hat. Ein Zustand wie dieser, den die gegenwärtige Regierung freilich nicht geschaffen, sondern von ihrer bürgerlichen Vorgängerin wie so manchen anderen Hausen sozialen Dreck „geerbt" hat, muß sofort beseitigt werden.

Hier muß sofort geholfen werden, sonst könnten wir es erleben, daß von den Arbeiter-Invaliden keiner mehr den Tag der sozialen Befreiung erlebt. Der dringendsten Notdurft muß sofort abgeholfen werden! Da gilt kein Maulspitzen, da muß gepfiffen werden!

Aus der Provinz.

Lehrerverein Halle-Land.

Am Sonnabend, den 22. d. M. sprach im Ratskeller Herr Real- und Lyzeallehrer Dr. Hochstrasser, Schleuditz-Leipzig über das Schulwesen der Schweiz. Der zeitgemäße Vortrag fesselte die zahlreiche Zuhörerschaft, denn klar und übersichtlich wußte der Vortragende die Schweizer Schulverhältnisse zu schildern, die er als Schweizer aus eigener Anschauung kennt. Der Vortrag gliederte sich in fünf Teile: 1. Verwaltung. 2. Schulaufbau. 3. Der Lehrer, seine Anstellung und seine Pension. 4. Oekonomisches und 5. Methodisches (Religionsunterricht). Trotz der Mannigfaltigkeit der Schweizer Bodengestalt, der politischen Gliederung und der vier Nationalsprachen ist das Schulwesen einheitlich. Die Grundlage für das Schulwesen sind die Kantone; über sie wacht die Bundesregierung. Das Kind soll zu einem tüchtigen Staatsbürger, sozial wirkenden, freien Menschen erzogen werden. Das Heil der Demokratie liegt in der Schule. Kasten gibt es nicht; an größeren Schulen ist ein Lehrer nebengeordnet als Leiter bestimmt. Die von der Gemeinde gewählte Gemeindeschulkommission mit einem Pfarrherrn setzt die Ferien an und gibt Bericht über Schulleistungen usw. Den inneren Betrieb überwacht der Schulinspektor als Fachmann, aber nicht als Kritiker, sondern als Freund und Berater. Die Landesschulkommission und Landesdirektionenkonferenz gibt jährlich Bericht an den Kantonsrat. 2. Der Aufbau ist in der Schweiz ziemlich einheitlich. Die Volksschule bildet die Grundlage aller andern Schulen für jeden. Die Schulpflicht schwankt in den verschiedenen Kantonen zwischen 6 bis 8 Jahren. Nach sechs Volksschuljahren kann der Schüler durch Aufnahmeprüfung in die Sekundarschule, eine höhere Stufe der Volksschule gelangen. Ihr Ziel entspricht fast unserm Einjährigen. Die Sekundarschule leitet nach der Mittelschule hin. Unter Mittelschule versteht man die Gymnasien, Berufsschulen, Industrieschulen, Lehrerseminare sowie Oberreal- und Handelsschulen. Alle diese Schulen führen zum Abitur. Die humanistische Bildung ist nicht bevorzugt. Danach kommt die Hochschule oder Universität. Also dreiteiliger Aufbau: Volksschule, Mittelschule und Hochschule. In allen diesen Schulen sind die Mädchen zugelassen, höhere Mädchenschulen kennt man nicht. 3. Der Lehrer ist nach der Abgangsprüfung, ohne II. Prüfung, in seiner Ausbildung fertig. Er ist freigängig, nicht von der Regierung auf einige Jahre gebunden. Er wird auch nicht angestellt, sondern von der Gemeindeschulkommission auf sechs Jahre gewählt. Er kann wiedergewählt, oder bei groben Verstößen abgesetzt werden. In politischer Beziehung hält er sich neutral; jedoch ist seine politische und gesellschaftliche Stellung gehobener als in Deutschland. Der Volksschullehrer kann in die höchsten politischen Stellungen gelangen. Z. B. amtiert ein Volksschullehrer neben seinem Schulamte jährlich einige Tage im Finanzministerium. Die sittlichen Anforderungen an den Lehrer sind in der Schweiz entschieden nicht geringer als in Deutschland. Der Lehrer erfüllt frei und freudig selbstübernommene Pflichten. Die Pensionierung, Witwen- und Waisenversorgung ist noch nicht staatlich geregelt. Nebenbei sei erwähnt, daß die Teuerungszulagen nicht von oben herab festgesetzt sind, sondern sich aus der Volksabstimmung ergaben. 4. Die Lehr- und Lernmittel sind fast überall frei: in Zürich und Basel bis zur Universität. 5. Das Interesse ist der Religionsunterricht, er ist nicht obligatorisch. Das Bundesgesetz legt ein Hauptgewicht auf die Unparteilichkeit der öffentlichen Schulen in Glaubenssachen. Die Eltern der Angehörigen aller Bekenntnisse, ohne Beeinträchtigung ihrer Gewissens- und Glaubensfreiheit, offen haben. Ein bewußt konfessionell gefärbter Unterricht würde der Bundesverfassung zuwiderlaufen. Ueber die religiöse Erziehung der Kinder bis zum 17. Lebensjahre können nur die Eltern oder die Vormünder verfügen, nicht die Schule. Diese darf in keiner Weise ihren Religionsunterricht aufdrängen. Die Anwesenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen des Redners bis zum Schlusse. Einige Fragen aus der Versammlung dienten der weiteren Aufklärung. Besonders sympathisch berührte der Aufbau des Schweizer Schulwesens und wurde wegen seiner Einheitlichkeit als vorbildlich bezeichnet. Die noch nicht staatlich geregelte Pensionierung zum Teil die Stellung des Lehrers hatlos und ist entschieden ein Mangel. Die Landschulfrage wurde auch berührt. Ganztagsschulen (Förderklassen) sorgen hier für einen lückenlosen Uebergang aus der Landschule nach der Sekundarschule.

Zeitz. Das Gehalt des Reichspräsidenten. An die Meldung, daß der Reichspräsident ein monatliches Gehalt von 100 000 M. beziehen solle, ist von dem Zeitzer Ollsoboten in der ihm üblichen Art, die sich in nichts von den Methoden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie unterscheidet, ein recht bösartiger Kommentar geknüpft worden. Es ist durchaus nicht richtig, daß dieses Geld nur für die persönlichen Bedürfnisse des Präsidenten bestimmt ist, sondern er muß auch die gesamten sachlichen Unkosten seines Amtes bestreiten. So braucht der Präsident naturgemäß ein umfangreiches Bureau mit Hilfskräften und Angestellten, deren Gehälter er ebenso aus eigener Tasche zu zahlen hat, wie die gesamte Einrichtung und die sachlichen Unkosten des Bureaus, ebenso muß der Präsident die Kosten einer seinem Range entsprechenden Dienstwohnung bestreiten, in der er die Würdenträger fremder Staaten empfangen kann, schließlich muß er eine gewisse Freiheit haben, gemeinnützige Veranstaltungen, Sammlungen bei besonderen Gelegenheiten, Kunstinstitute usw. in einer Weise zu unterstützen, wie das auch bei Präsidenten anderer Republiken üblich ist. Daß die Annahme luxuriöser Geldausgaben bei niemanden geringer ist als bei Genossen Ebert, wird jedermann bestätigen, der die Einfachheit seiner persönlichen Lebensweise kennt.

Naumburg. Ein Beitrag zum Kapitel: Beschaffung der Wohnungsnot. Ein junger Pfarrer wird nach hier versetzt und muß zunächst in einer kleinen möblierten Wohnung hausen, in der seine Frau entbunden wird. Es wird ihm sehr schwer eine Wohnung zu finden. Durch Vermittlung wendet er sich an einen pensionierten Amtsrichter, der eine 10-Zimmerwohnung mit seiner Tochter in einer Villa bewohnt und dessen Schwiegermutter in der ersten Etage derselben Villa eine ähnliche Wohnung innehat. Vergebens. Wie oft hat der Pfarrer von der Kanzel ermahnt zum Helfen in der Not. Für ihn ist das eine rein theoretische Frage geblieben, denn er weiß seinen Amtsrichter groß ab. Der Weg zu einem anderen Kollegen, der auch über eine große Wohnung verfügt ist ebenso ohne Erfolg, er wird dort abgewiesen mit dem Bemerken, daß alle entbehrlichen Räume als Vorratsräume gebraucht werden. — In der Tat zwei rührende Beispiele christlicher Nächstenliebe. Und so ist es im allgemeinen. Hier wäre keine Wohnungsnot vorhanden, wenn man in den Kreisen, die über große Wohnungen verfügen, nur einigermaßen einsichtsvoll wäre. So mancher Familie könnte geholfen werden. Das vorstehende Beispiel zeigt so recht den krassen Egoismus, der alle edlen Regungen im Menschen erstickt läßt. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, endlich auf dem Gebiete des Wohnungswesens Wandel zu schaffen. Die wiederholt von den Behörden erlassenen Verordnungen, nicht dringend gebrauchte Räume der Stadt zur Verfügung zu stellen, die dann für entsprechende Mieter sorgt, bleibt ohne Erfolg. Jetzt soll nun eine Deputation Kontrollen in dieser Beziehung vornehmen und auch dieser wird man in keiner Weise entgegenkommen. (Der menschenfreundliche Frömmigkeitsexzesser mit der Villa und den zwei 10 Zimmerwohnungen ist eine Type, die die neue Zeit so bald von der Bildfläche verschwinden lassen wird. Die Red.)

Barnstädt, Kr. Querfurt. Am 22. d. Mts. hielt die hiesige Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung im Weißschen Gasthofe hierselbst ab, in welcher Gen. Müller-Merseburg über die politische Lage, die Gemeindevertreter und deren Tätigkeit sprach. Die Versammlung war gut besucht. In recht sachlicher Weise ließ der Redner die politische Lage an uns vorübergehen und richtete dann an die Gemeindevertreter die Bitte, entschlossen für unsere Interessen einzutreten. Eine Tellersammlung in der Versammlung ergab ein ansehnliches Sümmchen und eine ganze Anzahl neue Leser für die Volksstimme wurden gewonnen.

Eisleben. Unabhängige Komödie. Obschon hier der Magistrat am 22. März die für die Arbeiterratswahl am 23. März eingereichten Listen, worunter auch eine unabhängige war, bekannt gab, behauptete die U. S. P. im letzten Moment, auf Anstiften des Herrn Wenzhöl, die Wahl sei unzulässig, obwohl eine Partei Protest erhoben hatte. Der Erfolg war, daß die Wahl ohne sie stattfand und der Arbeiterrat nunmehr keine Unabhängigen hat.

Leißling. Heute fand hier die erste Gemeindevertreter-Sitzung statt. Den Parteien nach sind vertreten: 1 Deutschnationaler, 2 Demokraten, 8 Unabhängige und 6 Mehrheitssozialisten. Der Zusammenstellung ihrer Wahlliste, aber auch der Nachwirkung des Generalstreiks haben es die Unabhängigen zu verdanken, daß sie ein Ueberlage erlitten. Die Wahl des Parlaments wird für richtig erklärt und die neuen Mitglieder verpflichtet. Schon vom Landrat des alten Regimes war der Gemeinde entgegengestellt worden, die Gehälter der Beamten der Reuzeit entsprechend zu gestalten. Das Gehalt des Nachtwächters wird auf 1200 Mark pro Jahr erhöht. Auch dasjenige des Ortsrichters wird abgerundet auf jährlich 1000 Mark, für die gehabten außerordentlichen Arbeiten und Anlaß der verschiedenen Wahlen, wird ihm eine Entschädigung von 200 Mark gewährt. Der Gemeinde-Steuererheber erhält 300 Mark und der Gemeinde-Kassenrendant 120 Mark. Der Steuersatz wird auf 150 Prozent belassen. Der Steuer-Vereinschätzungs-Anschlag balanziert mit etwa 24 000 M. Für Arbeiten in der Gemeinde (Graben ausheben, Wegebesserungen usw.) wird ein Stundenlohn von 1 Mark festgesetzt. Die Arbeiterratswahlen sollen in den nächsten Tagen stattfinden.

Hohnleipisch. Der Staatsförster Marx hier, ließ durch den Nachtwächter bekanntmachen, daß im Staatsforst Frauen und Mädchen zum Anpflanzen angenommen würden. Es haben sich eine große Anzahl gemeldet. Diese haben jedoch die Arbeit nicht angetreten, da sie 10 Stunden arbeiten sollten und den Tag 3 Mark dafür erhalten sollten. Also 30 Pfg. die Stunde. Der Förster kann höheren Lohn nicht bewilligen, da „der Herr Oberforstmeister" Anweisung gegeben hat, bei dem Lohnsatz und Arbeitszeit zu bleiben. Die Frauen und Mädchen sollen nun nächsten Montag zu diesen Bedingungen die Arbeit aufnehmen. Im Weigerungsfalle sollen sie kein Holz mehr lesen und nicht die Genehmigung zum Beerensammeln erhalten. Die Holzpreise sind im Staatsforst um das sechsfache gestiegen, die Arbeitszeit und der Lohn soll für die Frauen und Mädchen aber dieselbe bleiben. Frauen und Mädchen seid fest und verlangt eure Arbeit nicht zu diesem Hundelohn. Organisiert euch! Zeigt diesem staatlichen Ausbeuter nach alter Art, daß ihr nicht mehr in dem Joch bleiben wollt. Verlangt den 8-Stundentag und wenigstens 4 Mark Lohn den Tag.

Kleine Nachrichten. In Artern hat man die Ortsbahnlerin die Arbeit entzogen für Ausladung eines Kohlenzuges zu sorgen, indem eine Menge mit Handwagen und Körben die Arbeit übernahm. Ein Verbrechen, durch das man wenigstens sicher und billig zu Kohlen kam. — In Oberschlingen brannte die Zuckerfabrik ab; sämtliche Maschinen sind vernichtet. — In Gleiwitz ereignete sich ein furchtbares Unglück. Bei einer Kindervorstellung im Stadtgarten brach eine Feuerpanik aus. 60 bis 70 Kinder wurden zerquetscht und zerdrückt. — In Rohbach wurde ein Arbeiter beim Anziehen der Lokomotive vom Bremserhäuschen geschleudert und war sofort tot. Ein Maschinist trug durch den Anprall an ein Weichenrohr eine schwere Schädelverletzung davon. — Eine Kieslore fuhr ebendort auf einen mit Personen besetzten Wagen auf, der nach Weißenfels abfahren sollte. Mehrere Insassen trugen schwere und leichtere Verletzungen davon. — In Eckartsberga fanden mehrere Einbruchsdiebstähle in derselben Nacht statt. Ein Pferd und Wagen, Konfektions- und Wäschestücke im ohem Werte waren Beute der Diebe.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Es soll zwar alles schon dagewesen sein, ob aber, wie dies in den letzten Tagen tatsächlich vorgekommen ist, ein ganz leibhaftiges gemauertes Haus schon einmal gestohlen worden ist, dürfte denn doch fraglich sein. Wie bei der Leipziger Kriminalpolizei angezeigt werden ist, ist nämlich vor einigen Tagen ein 17 Meter langes, 9 Meter breites und 3 Meter hohes Gebäude das als Kantine benutzt worden ist und an der Hindenburgbrücke gestanden hat, geschätzt aus etwa 15 000 Ziegelsteinen, 9 Türen, 9 Fenstern und einer Abortanlage, von seinem Standorte spurlos verschwunden und ohne alles Zweifel gestohlen worden.

Dresden. 23. März. Schweres Fahrstuhlunglück. In der Dresdener Zigarettenfabrik Yenidze ereignete sich gestern ein schweres Unglück. Ein voll besetzter Fahrstuhl stürzte aus bisher noch unaufgeklärter Ursache vom fünften Stockwerk in das Kellergeschoß. Dabei wurden sechs Frauen getötet und 29 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Man vermutet, daß die Welle, über die das Hanfseil lief, schadhaft geworden war und gebrochen ist.

Letzte Nachrichten.

Der Friedensvertrag.

Haag, 27. März. Aus Paris wird gemeldet: Der Rat der Vier hat am 26. März wichtige Beschlüsse gefaßt. Im Prinzip soll in den Fragen des Schadenersatzes, der Adelsu- und Adriafrage Uebereinstimmung erzielt worden sein. Wenn die Arbeiten in dem bisherigen Tempo weitergehen, dürfte man wahrscheinlich noch in dieser Woche fertig werden.

Auch die Pariser Ausgabe des „New York Herald" meldet, daß Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson nun ohne Unterbrechung Konferenzen abhalten werden, um die Friedensbedingungen endgültig festzusetzen, die den deutschen Delegierten Ende dieser Woche vorgelegt werden sollen. Falls die Verhandlungen gegen Erwarten zu keiner Einigung führen sollten, steht man die Folgen hiervon als unberechenbar an. Während der Konferenzen werden die Sitzungen des Zehnmännerrates eingestellt werden.

Schließlich teilen wir, nach der „Köln. Ztg.", noch folgendes englischen Funkspruch mit:

Ein Pariser Telegramm besagt: Wir hören, daß Präsident Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando vorschlagen, sofort die Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages in Angriff zu nehmen und in ihm alle bis jetzt erreichten Entscheidungen aufzunehmen. Sie hoffen, den Friedensvertrag in seiner endgültigen Form während der nächsten Woche beendet zu haben.

Schwedisches Mehl für Deutschland.

Stockholm, 27. März. Wie die „Nya Dagligt Allehanda" erfährt, haben die alliierten Mächte durch den amerikanischen Gesandten Morris in Stockholm das schwedische Rote Kreuz ermächtigt, 50 000 Tonnen Mehl unmittelbar nach Deutschland auszuführen, falls die Bezahlung in der vereinbarten Weise erfolgen kann. Es handelt sich sowohl um Weizenmehl wie Roggenmehl, das Schweden nachher von Amerika zurückerhalten soll.

Internationale Sozialisten-Konferenz.

Amsterdam, 27. März. Von sozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam am 25. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zu der Konferenz erwartet.

Kein Generalstreik in England.

London, 27. März. (Reuter.) Bei Schluß der Konferenz gab heute nachmittag Thomas bekannt, daß die Eisenbahner das Anerbieten der Regierung anzunehmen haben.

Ferner meldet „Reuter", daß die Abstimmung des Bergarbeiterverbandes über die Frage der Annahme der von der Regierung angebotenen Bedingungen, die vom ausführenden Ausschuß wärmstens empfohlen wurde, für den 9. und 10. April d. J. festgesetzt worden ist.

Bekanntmachung.

Straßenbeleuchtung.

Im April 1919 brennen die Straßenlaternen:

vom 1. bis 10. von 7¼ Uhr abends bis 5 Uhr früh,
vom 11. bis 20. von 7½ Uhr abends bis 4½ Uhr früh,
vom 21. bis 30. von 7¾ Uhr abends bis 4¼ Uhr früh.

Halle, den 25. März 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Abgabe von Eis aus städtischem Leitungswasser erfolgt vom 1. April 1919 ab zu folgenden Preisen:

A. Bei Abnahme im Schlachthofe:

a) Für Abnehmer einzelner Blöcke pro Block (etwa 25 Kg.) 1,40 M
b) Für ständige Abnehmer größerer Mengen pro Block (etwa 25 Kg.) 1,20 M
c) Für Fleischer pro Block (etwa 25 Kg.) 1,— M (unter der Bedingung, daß das Eis nicht weiterverkauft werden darf.)
d) Abnehmer einzelner Stücke (¼ Block etwa 6 Kg.) 0,90 M

B. Bei Lieferung frei Haus.

a) Für Abonnenten pro Monat 15,— M
Dafür werden täglich ¼ Block (etwa 6 Kg.) geliefert. Das Abonnement kann jederzeit beginnen.
b) Für Abnehmer einzelner Stücke gegen sofortige Bezahlung für ¼ Block (etwa 6 Kg.) 1,— M
c) Für Kliniken, Krankenhäuser, Heilanstalten und sonstige Abnehmer ganzer Blöcke pro Block (etwa 25 Kg.) 2,— M

Halle, den 26. März 1919.

Verwaltung des städtischen Schlacht- u. Viehhofes.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 29. März, auf den Abschnitt 10 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Harnisch, Schilerstraße 11, Milchhändler Wesel, Kolkenstr. 8, und Milchhändler Hniche, Gr. Gosenstr. 21. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 1. April abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtstelle am Sonnabend, den 29. März, zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 16 961—21 660 vorm. von 8—10 Uhr und die Inhaber der Nummern 21 661—27 000 vorm. von 10—1 Uhr. Auf jeden Abschnitt L der besonderen Bezugsscheine für Kinder, Jugendliche und alte Leute kann ¼ Pfund Paket Gerstenmehl zum Preise von 38 Pfennigen abgegeben werden. Es wird daraufhinaufmerksam gemacht, daß die Abschnitte J und K der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren ihre Gültigkeit verlieren. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgelaufenes Geld (vor allem Kupfergeld) ist bereit zu halten.

Der städtische Verkauf von Hausfortiers, die Dose zum Preise von 40 Pfennigen und 1 Mark, wird in der Talamtstelle fortgesetzt.

In der Woche vom 31. März bis 5. April 1919 findet in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken die Ausgabe der Markenbezugsscheine Serie 21 statt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Markenbezugsscheine in der vorgenannten Zeit zu entnehmen sind; eine Nachlieferung findet nicht statt.

Halle, den 28. März 1919. **Der Magistrat.**

Vorausichtlich kein Einmachezucker.

Durch die Beeinträchtigung der Bergung der Rübenernte im Spätherbst 1918 durch den infolge der Umwälzung und des Waffenstillstandes (Verkehrserschwerungen, Arbeiterschwierigkeiten, Kohlenmangel, Einzelne von Arbeiter- und Soldatenräten usw.) sowie des zum Teil durch Erfrieren der Rüben herbeigeführten geringen Zuckergehalts der Rüben eingetretenen Rückgang der Zuckergewinnung und durch den Ausfall eines großen Teils der Polnischen Zuckerrübenernte ist große Zuckerknappheit eingetreten. Es wird daher eine Zuweisung von Einmachezucker in diesem Jahre voraussichtlich nicht stattfinden können, möglicherweise jedoch eine Herabsetzung der Kontingente in den kommenden Monaten in Frage kommen. Deshalb werden den Haushaltungen Ersparungen dringend empfohlen.

Halle, den 27. März 1919. **Der Magistrat.**

Konfirmanden-Anzüge
für Schlosser und Monteure,
blaue, wasserechte, haltbare Stoffe.
Julius Hammerschlag - Gr. Ulrichstr. 36.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190328-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7. Ende 10 Uhr.
Heute Freitag Erstaufführ.:
„Der Rastelbinder."
Operette in 1 Vorspiel und 2 Akten von Vikt. Leon. Musik von Franz Lehar.

Sonntag, 3½ Uhr:
Familien-Vorstellung
Zwerg Nase
Märchenposse mit Gesang in 6 Bildern.
Kl. Pr. Kinder halbe Preise.
Kasse 10—1½ u. 4—6

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 29. März 1919
Anfang 7, Ende 9¼ Uhr:
Undine
Oper von Lortzing.
Sonntag, nachm. 2½ Uhr:
Renaissance.
Sonntag, abends 6 Uhr:
Lohengrin.

Reform-Haarpflege
Kopf-, Massagen, Lichtbäder, Strahlapparen, Waschen, Frisieren, auch nach ärztlicher Verordnung für Krankenkassenmitglieder. Sprechz. 10—7.
Haar-Pray's „Fare"
jetzt nur Gr. Ulrichstr. 47 I.
Telephon 5843.

S. WEISS
Leipzigerstrasse 105/6 am Markt
In allen Abteilungen unseres Hauses
grosse Vorräte
Herren-Bekleidung und Ausstattung.
Tragfähige Qualitäten.
Angemessen mässige Preise.

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
Im Farmerhäuschen
Operette in 3 Akten von G. Jarno.
Zeferiem . . Dir. Mag Walden
Sonntag, nachm. 3½ Uhr bei kleinen Preisen:
Polnische Wirtschaft
Fiedler . . M. Walden.
Geöffnet 9—1 u. 5—½7.

Alte Promenade 11a.
Fernruf 5738.
U.T.
Leipzigerstr. 88.
Fernruf 1224.

Franz Lehar
der berühmte Operettenkomponist als Filmschauspieler in der Hauptrolle des Künstlerromans:
„Bist Du's lachendes Glück?"
5 Abteilungen mit Gesangs-Vorträgen früherer Mitglieder des Leipziger Stadttheaters.
Vorf.: 4.10 6.20 8.40

Leo Peukert
in dem reizenden 2 Akten-Lustspiel:
Unsere kleine Nachbarin.
Vorf.: 3.40 5.50 8.00

Donaueschingen.
Herrliche Naturaufnahme.

Bernd Aldor
der ausgezeichnete Filmkünstler in d. interessant. Schauspiel in 4 Akten:
„Mein Wille ist Gesetz!"
Sensation Schilderung aus der Lebewelt des zaristischen Russlands.
Vorführ.: 4.20 6.30 8.50.

Dorrit Weixler
in dem pikanten 3 Akten-Lustspiel:
„Malheurchen Nr. 8"
(zum Totlachen).
Bisher verboten gewes., jetzt erlaubt.
Vorführ.: 3.40 5.50 8.00.

Messter-Woche Nr. 10.

Beginn: 3.30 Uhr. Einlass 3.00 Uhr.
Die Abendvorstellungen beginnen 7.50 Uhr.

Hippodrom Nord,
Reitbahn Yorkstrasse 74, Nähe Kaserne Reitstrasse.
Grosses Reit-Sport-Fest.
Anfang 3 Uhr. 2660
Für Unterhaltung ist gesorgt.

Hippodrom
Wintergarten
Direktion: Georg Arndt.
Morgen Abend 7 Uhr:
Gr. Kavalierball.

Haltbare
Schultranzen
für Knaben u. Mädchen
gute Sattlerware
sehr preiswert
Hch. Krasemann
nur 2609
Schmeerstraße 19.

Schul-Tornister
für Knaben und Mädchen
Büchertaschen
Schiefertafeln
Schieferkasten
Griffel, Wetzen
empfiehlt billig:
Alhin Hentze,
Schmeerstrasse 24.

Dauernalte
Rucksäcke
bezugscheinfrei äussers. billig.
H. Krasemann
nur
Schmeerstr. 19.

Ammendorf.
Goldener Adler
Zur Konfirmation
bieze preiswert an zum Tagespreise
Weissweine
und Rotweine
div. dunkle Biere in Siphons.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Möbel!
auf
Teilzahlung
Bequeme Zahlungsweise.
Sofortige Lieferung.
Paul Sommer,
Halle.
Leipzigerstr. 14.
1 u. II. Et.

Fahrplanänderung.

Vom 1. April d. Js. ab werden die Schnellzüge D 146 und D 241 zwischen Berlin und Frankfurt (Main) in folgendem Fahrplan wieder eingelegt:

D 146 1—3 Kl.				D 241 1—3 Kl.
7.03	ab	Berlin	an	7.16
8.42	„	Wittenberg	ab	5.41
9.22	„	Bitterfeld	„	5.00
9.59	„	Halle	„	4.26
—	—	Weissenfels	„	3.42
6.37	an	Frankfurt (M.)	„	7.30

Zu D 146 hat in Bitterfeld vom Zuge 402 Dessau (ab 8.23) — Bitterfeld (an 9.17). Zu D 241 in Bitterfeld anschluß vom Zuge 423 W Leipzig (ab 3.57) — Bitterfeld (an 4.55).

Halle (Saale), im März 1919.

Eisenbahndirektion.

Volkstümliche Hochschulkurse d. Universität

Die Vorträge von Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Waentig über
„Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung in den wichtigsten Kulturländern vor dem Kriege"
werden Dienstags u. Donnerstags 8½ und Sonnabends 7 Uhr im großen Hörsaal der Universität.

die Vorträge von Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Mie über
„Elektrizität und Magnetismus"
Mittwochs und Sonnabends 8½ Uhr im Physikalischen Institut stattfinden und zwar wird Herr Geh. Rat Prof. Dr. Mie am Sonnabend, den 29. März, Herr Geh. Rat Prof. Dr. Waentig Dienstag, den 1. April beginnen.

Die Vorträge der Herren Geh. Med.-Rat Prof. Dr Abderhalden und Prof. Dr. Waetzoldt müssen bis in den Mai verschoben werden. Die gelösten Karten bleiben gültig. 2651

Ia. Brüh-Würstchen
sind ab heute in meinen 2652
sämtlichen Filialen
täglich frisch zu haben.
Kontor und Lager:
Kl. Ulrichstraße 24 b
Fernruf 1484.
Albert Knäusel
Butter
Fleisch- und Wurstwaren.
Filiale Poststrasse I Ecke Leipzigerstrasse geöffnet.

Familien-Nachrichten.

Nachruf.
Am 26. März 1919 verstarb plötzlich der Rechnungsführer unserer Betriebskrankenkasse
Herr Alfred Zehne
im 69. Lebensjahre. Der Verstorbene hat über 43 Jahre bei uns gewirkt und wollte in den wohlverdienten Ruhestand treten. Seine unserer Firma geleisteten treuen Dienste und sein biederes Wesen sichern ihm bei uns für immer ein ehrendes Andenken.
Der Vorstand der
Haileschen Maschinenfabrik und Eisengiesserei.

Städtisches Solbad Wittekind.
Die Badeanstalt wird am 2663
1. April
wieder eröffnet. Es werden täglich von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Sonntags bis 1 Uhr mittags
Sol-, Moor-, Dampf-, Elektr. Licht-, Kohlensäuresol-, Fichtennadelsol-, Schwefel- u. andere medizin. Bäder
verabfolgt
Fernruf für Bäderbestellungen 2675.

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Bettkästen, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2050
B. Sachse, Kl. Ulrichstr. 7, Lützener Str. 7.

Stellen finden.

Schneider
für Groß-Stück sofort gesucht.
S. Weiss.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Einige tüchtige
auf Karosseriebau eingerichtete
Kastenmacher
als Anreisser sucht
Gottfried Lindner A.-G.,
Ammendorf bei Halle a. S.

Alte Fahrrad-Decken und Schläuche,
auch brauchbare kauft
zu hohen Preisen
Bieder,
Gr. Steinstraße 33, Gummiladen. 654

Pa. Servietten
Voile, Batiste, Mull, Bastseide und andere Stoffe
Parfewaren **S. Biletzky,** Leipzigerstraße 103
1 Treppe. 2653

Anläßlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen Freunden und Bekannten von Stadt und Land für die allzureichen Geschenke und Aufmerksamkeiten nur auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Grunau, den 22. März 1919.
Carl Enke und Frau.
2656

Das meiste Geld
zahle stets für
Möbel.
Vollständige
Zimmer- u. Wohnungs-Einrichtungen.
Friedrich Pelleke,
Geiststraße 25.

Kesselschmiede
für dauernde Arbeit sofort gesucht.
Hallesche Maschinenfabrik und Eisengiesserei.

Gewandte Leute
z. Fensterputzen finden sof. Arbeit
2 erzinnte Glasermeister zu
Halle, C. G. m. b. H., Harz 23.

Möbl. Zimmer
für 1 od. 2 Herren zu vermieten
Wörthstraße 16.

Nachruf.
Unser Kollege, der Rechnungsführer der Betriebskrankenkasse unserer Firma A425
Herr
Alfred Zehne
ist am 26. März 1919 durch den Tod plötzlich aus unserer Mitte abberufen worden. Leider war es ihm nicht mehr vergönnt, den nach über 43 Dienstjahren wohlverdienten Ruhestand zu genießen. Die Lauterkeit seiner Gesinnung und sein biederer Charakter werden sein Andenken unter uns immerdar in Ehren fortleben lassen.
Die Beamten und Werkmeister der Hallesch. Maschinenfabrik u. Eisengießerei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190328-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 70. Halle, Freitag, den 28. März 1919. 3. Jahrgang.

Ein stürmischer Tag in der Nationalversammlung.

Weimar, 27. März.

Auf der Tagesordnung steht der vierte Nachtragsetat für 1918 und der Notetat für 1919.

Reichsminister Schiffer: Hoffentlich bringen schon die nächsten Monate Klarheit und endgültige Verhältnisse.

Abg. Schulz-Ostpreußen (Soz.): Gegen einen Bolschewismus, der mit Handgranaten zu übersiegen sucht, verlangen wir, daß der Staat seine schärfsten Machtmittel anwendet. Das gleiche erwarten und verlangen wir von ihm bezüglich der Gefahren, die von rechts drohen. Die Vorgänge vom Sonntag waren nur ein harmloser Aufakt zu den gestrigen Vorgängen in der preußischen Landesversammlung. Dort hat Herr von Kardorff eine aufreizende Rede gehalten, die nichts weiter als

die Schürderhebung der Gegenrevolution

bedeutet. An die Regierung richte ich die Frage, ob die Erklärung des russischen Volkskommissars Tschitscherin richtig ist, daß deutsche Truppen den linken Flügel einer großen Offensive gegen Rußland darstellen, die offenbar im Auftrage der Entente unternommen sei. Ich beantrage die Ueberweisung des Nachtragsetats an den Ausschuß. Wir wünschen Aufklärung, warum das Flugwesen, das sich doch ganz besonders zur Sozialisierung eignet, jetzt schon privaten Reedereien überlassen wird.

Reichswehrminister Noske: Es besteht zwischen der Obersten Heeresleitung, mir und der Reichsregierung Uebereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen

keine Offensivbewegung in Kurland

und Litauen unternommen wird. Die Regierung ist nur von dem lebhaftesten Wunsche erfüllt, auch mit Rußland in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben.

Abg. Mayer-Schwaben (Ztr.): Mit dem Grundgedanken der Rede des Ministerpräsidenten sind wir durchaus einverstanden.

Abg. Graf v. Posadowsky (Dn.): Die gestrige Rede des Ministerpräsidenten enthält so ungeheuerliche Anschuldigungen, daß die Deutschnationale Volkspartei einstimmig erklärt: In dem schärfsten Protest gegen die maßlosen Forderungen der Entente gehen wir mit der Regierung einig. Staatsmännische Weisheit hätte nun alles daran eingesetzt, die sämtlichen Kräfte der Nation zur einheitlichen Abwehr zusammenzuziehen. Statt dessen hat der Ministerpräsident durch die Grundlosigkeit seiner gestrigen Anschuldigungen und durch die Schärfe seiner Ausdrucksweise das Gegenteil bewirkt und in den Herzen von Millionen Deutschen tiefe Empörung hervorgerufen. Wir versichern, daß wir uns durch keine Drohung abhalten lassen werden, unsere politische Pflicht zu tun und die Regierung zu bekämpfen, wo wir der Ansicht sind, daß sie durch ihre Maßregeln schädlich wirkt.

Abg. Pachnicke (D. Dem.): Die Parteien der Rechten sollten nicht den ursächlichen Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution vergessen. In der Sozialisierung werden wir die Grenze zu ziehen wissen. Wir hoffen, daß der Lustpolizeidienst nach allen Richtungen Deutschlands nunmehr durchgeführt wird. Wir haben in der Rede des Ministerpräsidenten nichts unwürdiges gefunden. Er hat die monarchistischen und militärischen Demonstrationen mit Recht verurteilt. Das Ausland benutzt solche Vorgänge zum Beweise für die Behauptung, daß bei uns der Geist des Militarismus nicht gestorben ist. Darin liegt die Gefahr eines solchen Vorgehens. Jetzt ist der Augenblick nicht gekommen, Herr Graf Posadowsky, um über eine überwundene Staatsform zu demonstrieren. Jetzt, wo wir in die Friedensverhandlungen eintreten, gilt es zusammen zu halten zu einheitlicher Abwehr, die Sie dadurch erschweren, daß Sie solche Demonstrationen beginstigen.

Abg. Haase (Unabh.): Der Notetat stellt uns vor die Frage, ob wir der Regierung unser Vertrauen schenken können. Die politischen Zustände sind schlimmer als in der Kriegszeit. Die Regierungstruppen pfeifen auf Gesetz und Verfassung. Das Grauenhafteste ist der Mord in der Französischen Straße. In Berlin handelte es sich gar nicht um spartakistische Putsche. Es ist meiner Partei niemals eingefallen, dem deutschen Volke das Recht zu Protesten gegen Gewalttätigkeiten der Entente abzusprechen. Aber die Anstifter und Stützen der deutschen Gewaltpolitik sind allerdings zu solchen Protesten recht schlecht legitimiert. Eine Verbindung mit Rußland würde für uns von dem größten Nutzen sein, denn Großrußland und die Ukraine können uns sofort mit Rohstoffen und später auch mit Lebensmitteln versorgen. Die Weltrevolution ist im Gange. Aber sie wird sich nicht in allen Ländern nach dem gleichen Schema vollziehen. Wirklicher Sozialismus allein bringt die Befreiung der Menschheit.

Reichswehrminister Noske: Wir wünschen gewiß ein gutes Verhältnis zu Rußland. Man verlange aber nicht von uns, daß wir dort Bolschewisten werden. Das lehnen wir ab. Die Antwort des Herrn Major v. Gilsa ist von mir verfaßt worden. (Zuruf bei den Unabhängigen: Es sieht sie aus!) In der Antwort ist festgestellt, daß die „Freiheit" in gemeingefährlicher Weise die an sich schon verbitterte Stimmung in der Bevölkerung dauernd weiter schürte. Das wird jeder Leser des Blattes, nur Herr Haase weiß es nicht. Bei nächster Gelegenheit wird ihm mit einem Schoß Zitaten gedient werden.

Nun zu Halle.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Weimar war lahmgelegt. Der Streik hatte das Ziel, die Regierung und die Nationalversammlung zu stürzen. Eisenbahnschienen waren aufgerissen. Ein zuchthauswürdiges Verbrechen! Wenn solche Verbrechen gegen die Regierung und gegen die Nationalversammlung verübt werden, so ist das für Herrn Haase eine Wonne. (Sehr richtig!) Wenn aber bei der Abwehr dieser Verbrechen Dinge vorkommen, die wir beklagen, dann verzieht Herr Haase Tränen. In Halle kam es darauf an, den Bahnverkehr schnell wieder herzustellen. Dabei ist Oberstleutnant v. Klüber in bestialischer Weise ermordet worden. (Pfui-Rufe.) Andere Offiziere wurden schwer mißhandelt, und das unabhängige Blatt in Halle hielte mit Bedauern fest, daß ein Offizier entwischte. (Pfui-Rufe.) Wenn solche Gemeinheiten vorkommen, darf sich niemand wundern, wenn entsprechende Gegenwirkung ausgelöst wird. (Sehr richtig!) Das bedauern wir, lehnen aber die Verantwortung dafür ab. Warum wird denn mit den Arbeitern Schindluder getrieben. Nur zur Förderung der politischen Ziele des Herrn Haase? Eine Bergarbeiterkonferenz in Halle hat festgestellt, daß es zum Generalstreik in ganz Mitteldeutschland nicht gekommen wäre, wenn

die Bergarbeiter von den Unterhändlern nicht

belogen und betrogen

worden wären. (Hört, hört!) Also man belügt und betrügt! Wenn in den Wohnungen der Herren Haase und Cohn Haussuchungen stattfanden, so liegen ihre Häuser in einem Häuserblock, in denen alle Wohnungen nach Westen durchsucht worden sind. Haussuchungen sind peinlich und unerwünscht. (Haase: Unerlaubt nach der Verfassung!) Die von der Regierung, auch von Haase, angeordnete Waffenabgabe in Berlin ist nicht durchgeführt worden. In Flugblättern, von denen Haase hier nichts weiß, ist aufgefordert worden, die Waffen nicht abzugeben. (Hört, hört!) Die Waffen mußten so leider erfaßt werden. Wenn bei Hörten vorkommen, so trifft die Schuld diejenigen, die sich dafür eingesetzt haben, daß die Waffen nicht abgegeben wurden. (Sehr richtig!) Die Verhaftung des Redakteurs der Roten Fahne und der Unterzeichner des Aufrufes, den ich neulich vorgelesen habe, habe ich angeordnet, denn in wahnsinniger Weise ist dort zum Bürgerkrieg aufgefordert. In Berlin wurde gepländert und geschossen. Sollte ich da ruhig zusehen? Not kennt kein Gebot. Die Plünderungen und Schießereien waren im Gange, als ich den Einmarsch der Truppen in Berlin befahl. Eine ganze Anzahl von Soldaten ist in der fürchterlichsten Weise erschlagen worden. In wenigen Tagen werden wir Material darüber veröffentlichen, und zeigen, wie die Leute, für die Herr Haase sich begeistert, mit den Soldaten in Berlin umgegangen sind. Wenn angesichts der Bürgerkrieg tobt, kommen eben üble Dinge vor, die ich nicht verteidige. Dem Verlangen nach einer Untersuchungskommission ist stattgegeben. Aber Herr Haase ist mit seinem Urteil schon fertig, bevor die Untersuchungskommission nur eine Sitzung abgehalten hat. Es wird unendlich viel erzählt. Wenn trotzdem noch viel Belastungswertes übrig bleibt, so sollen die Herren nicht so lebhaft nach Amnestie rufen. Die Schuldigen sollen mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden — hüben und drüben. Mein Schreiben soll eine Verachtung des Rechtsgedankens gewesen sein. War es nicht eine Verachtung des Rechtsgedankens, des damals geltenden Rechts, als die Revolution vorbereitet und für russische Rubel Waffen gekauft wurden, um in Deutschland den Bürgerkrieg zu entfachen. Wo war damals Herr Haase mit dem seinem Rechtsempfinden? Seine Anklage trifft mich nicht. In Berlin war höchste Gefahr im Verzuge. Das Leben von zehntausenden von Menschen stand auf dem Spiele. Ich war verpflichtet, dazu beizutragen, um wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen. Da gelten Paragraphen nichts! Da gilt lediglich der Erfolg. Der war auf meiner Seite! (Widerspruch und Unruhe bei den Unabhängigen.) Wenn Sie, Herr Haase, den glücklichen Tag erleben sollten, den Sie herbeisehnen, den Tag, an dem es noch einmal in Deutschland zu einer großen Umwälzung kommt, dann werden Sie, Herr Haase, auch wenn von Ihren Freunden und von den Geistern die Sie rufen, abermals Blut vergossen wird, dem Sie Glück und wenn Sie der Sieger sind, genau so sagen. Sie seien im Recht gewesen, weil der Erfolg für Sie war. Herr Haase und seine Freunde haben die Geister gerufen, die sie jetzt zum Teil von sich abschütteln möchten. Seit November haben sie es sich angelegen sein lassen, der ersten Revolution eine zweite und dritte folgen zu lassen. In ganz klarer Erkenntnis der Folgen, die nicht ausbleiben konnten, trieben Sie Ihre Leute zum Streik und zum Bürgerkrieg. Um so mehr wundere ich mich, daß Sie (zu den Unabhängigen gewandt) hier in diesem Saale, wo Sie Immunität besitzen, nicht einmal den Mut haben, sich zu Ihren Taten offen zu bekennen. (Unruhe und Lärm bei den Unabhängigen.) Statt dessen sitzen die Herren jetzt hier und reden von ihrer Schuldlosigkeit und beklagen die Grauen und Schrecknisse des Bürgerkrieges. Das beklage ich jedenfalls auch, aber ich klage die Brandstifter an, und das sind die Herren Haase und Genossen. An ihr Haupt kommt das Blut, das vergossen worden ist. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. Lärm und Zischen bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ministerpräsident Scheidemann:

Man hat sich über meinen Ton beschwert. In Wirklichkeit hat den Herren der Inhalt meiner Rede nicht gefallen (Widerspruch und Zurufe rechts). Ich soll die Vorgänge von Sonntag aufgebauscht haben (Sehr richtig! rechts). Man lese nur die „Deutsche Zeitung" nach. Ich habe gar keinen Haß gegen Ludendorff. Ich bekämpfe nur die politische Rolle, die einzelne dieser Herren spielen. Das ist meine Pflicht. (Zustimmung links) Auch mein Wort von dem „Genialen Hazardeur" war keine Beschimpfung. (Widerspruch rechts) Ich habe dieses Wort von ihm selbst entlehnt. (Stürmischer Widerspruch rechts) In dieser Art des Widerspruchs liegt eine gewisse Dreistigkeit, um den Gegner zu verblüffen. (Lärm rechts) Ich habe auch die Offiziere nicht beschimpft, sondern immer nur von einem Teil der Offiziere gesprochen. In meiner Rede steht überhaupt nichts, was zu einem Vorwurf berechtigen könnte. (Lachen rechts) Wir haben nicht danach gelechzt, einen Sündenbock vor den Staatsgerichtshof zu schleppen. General Ludendorff hat den Staatsgerichtshof ja selber verlangt. Wir hatten uns mit der Frage längst beschäftigt. Nach den Vorkommnissen vom Sonntag haben wir uns gesagt, wenn er es selber verlangt, dann soll er es haben, ebenso wie Bethmann Hollweg es verlangt hat. Man bleibe mir also fern mit der Entrüstung über meinen Ton. Mein Ton paßt sich auch immer der Gesellschaft an. Im übrigen: Wie wird gegen uns gekämpft. In einem Flugblatt, das von Traub und Schiele verantwortlich herausgegeben wird, wird von dem arbeitsscheuen Gesindel und von sozialdemokratischem Gesindel gesprochen, das von Raub und Diebstahl lebt. (Hört, hört! links) Selbstverständlich muß der Staatsgerichtshof ganz objektiv und unabhängig urteilen. Die Republik gibt jedermann Freiheit, aber Vorrechte, wie sie die Spartakisten und die Herren von Posadowsky fordern, können nicht eingeräumt werden. (Beifall links, Lachen rechts).

Die Vorlagen werden schließlich an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag 3 Uhr. Anfragen, kleine Vorlagen und Verordnungen.

Schluß gegen 9 Uhr.

Volksgenossen!

Erkennt den Ernst der Situation, seht klar die Gefahren, deren wir schnell Herr sind, wenn wir wollen und wenn wir energisch und mutig an die Arbeit gehen. „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all . . ." Wie oft erklang diese trotzige Kampfansage.

Nun, aufs neue heran!

Stärkt die Organisation, sorgt für größte Ausbreitung der „Volksstimme", seid zur Stelle, wenn die Partei euch ruft!

Genossen! Setzt euch in den nächsten Tagen einmal mit besonderem Eifer für die Gewinnung von Abonnenten für die Volksstimme ein. Die letzten Monate und Wochen haben uns ganz außerordentliche Erfolge gebracht, sie müssen gesteigert werden. Fleißige Arbeit zur Gewinnung von Abonnenten wird erfreuliche Erfolge zeitigen, dadurch den Arbeitseifer erhöhen, unseren Einfluß verstärken.

Die Volksstimme

sagt unerschrocken, was die Stunde und die Interessen des werktätigen Volkes gebieten. Wie wir rücksichtslos die Feinde der Volksfreiheiten, die Widersacher des Aufstiegs der Arbeiterklasse aus dem Elend bekämpfen, so lehnen wir es aber auch ab, mit hohlen Versprechungen, durch die Mittel der Demagogie und gleißenden Klopffechtereien werben zu wollen. Wir verachten die niedrige Umschmeichelung der Massen, die unwürdige Hetze, die Aufpeitschung der Leidenschaften. Wir brauchen für den Aufbau des Staates und der Gesellschaft,

für die Erreichung sozialistischer Ziele

die organisch gegliederte Arbeit, die Vernunft, die Einsicht und Besonnenheit. Aber wir bedürfen auch der unbeugsamen Kraft, der willensstarken Energie. Furchtlos im Kampfe, unerschütterlich treu dem Proletariat und den Zielen des Sozialismus, so wollen wir das Elend der Gegenwart zu überwinden trachten, die bessere nahe Zukunft herbeiführen.

Steilt euch sofort in Reih' und Glied!

Keiner zaudere, keiner bleibe untätig. Noch glühen die Flammenzeichen, noch erfüllt Kampfeslärm den Tag, aber sichtbar steigt auch das Licht auf, das uns verheißungsvoll das Werden neuer und guter Zustände verkündet. Darum arbeitet, werbt für die Partei und für die

Volksstimme!

Halle und Saalkreis.

Halle, 27. März 1919.

Ein Drückeberger

bist du, wenn du nicht die Veranstaltungen deiner Partei besuchst! In den nächsten Tagen finden Versammlungen statt, welche du besuchen mußt. Das Zutrauen der Genossinnen und Genossen möchtest, wenn jeder sehen kann, daß nicht nur er selbst, sondern alle ein größeres Versammlungsinteresse haben. Also nicht denken, „auf mich kommt es nicht an", sondern gerade auf dich warten die Anwesenden und es wirkt nicht ermutigend, wenn du fehlst. Zeige deinem Nachbar das Inserat, mache deine Freundinnen auf die Versammlungen aufmerksam und hole sie möglichst ab, damit sie es nicht vergessen. Du wirst deine Freude daran haben, wenn die Versammlung gut besucht ist, du wirst aber mißgestimmt nach Hause gehen, wenn es nur wenige waren, welche der Aufforderung Folge leisteten. Also drücke dich nicht!

Zur Lage am Arbeitsmarkt.

Man schreibt uns:

Fast aus allen Teilen des deutschen Reiches wird ein leichter Rückschlag der Arbeitslosenziffer gemeldet. Auch in der Landwirtschaft, wo sich erst jetzt eine dringlichere Nachfrage nach Arbeitskräften erhebt, konnte der Bedarf in größerem Umfange als bisher befriedigt werden, was vor allem auf die Zunahme der Arbeitslust unter den städtischen Erwerbslosen hindeutet. Ueber die Erfahrungen mit den städtischen Arbeitern auf dem Lande liegen erst wenige Urteile vor. Die ledigen Arbeitskräfte gehen manchmal ihre Stellungen nach wenigen Tagen wieder auf. Im allgemeinen jedoch haben sich die städtischen Arbeitslosen, besonders die Berliner Arbeitslosen, nach dem Urteil der Landwirte besser bewährt, als man erwartet hatte. Besonders mit den Familien hat man bereits recht gute Erfahrungen gemacht. Leider fehlt es vielfach an Wohnungen für Familien, so daß das Angebot von Familien durchgängig größer ist, als die Unterbringungsmöglichkeiten.

Reformierung des Fortbildungsschulwesens.

Der Arbeiterrat schreibt uns: „Nach langem und energischem Bemühen des Arbeiterrats ist es ihm endlich gelungen, eine Reformierung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in die Wege zu leiten. Während bisher die Ausdehnung des Schulunterrichts bis spät abends 8 Uhr bauerte, soll in Zukunft der Unterricht bis abends 6 Uhr beendet sein. Ganz besonders waren es die Lehrlinge im graphischen Gewerbe, die unter diesen ungünstigen Verhältnissen zu leiden hatten. Der Unterricht soll nun nachmittags um 2 Uhr beginnen und spätestens nachmittags 6 Uhr beendet sein. Auch soll ihnen werden eine Mittagspause, die um 12 Uhr beginnt, ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190328-18/fragment/page=0005

wahrt werden. Letzteres war bisher nicht der Fall, es mußten vielmehr die Lehrlinge aus den Geschäften direkt zur Schule gehen, was für die jungen Leute eine ungeheure Nervenanstrengung bedeutete; dann es entsprach dies einer Arbeitszeit, die von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr fast ununterbrochen dauerte. Der Arbeiterrat hat es nun verstanden, hierin Wandel zu schaffen. Aber nicht nur das, es sollen in Zukunft auch zwei Angehörige des Gewerbes, und zwar je ein Gehilfe und ein Prinzipal, in Schulangelegenheiten mitzusprechen haben. Auch soll in der Fortbildungsschule im graphischen Gewerbe der Fachunterricht mehr gefördert werden. Nur ein lediger Umstand bedarf im hiesigen Fortbildungsschulwesen noch der Lösung, und dieses ist die Erbauung eines Fortbildungsschulhauses. Da dieses im Bauprogramm der städtischen Körperschaften vorgesehen ist, wollen wir hoffen, daß seine Ausführung baldigst in die Wege geleitet wird."

Teuerungszulagen für Beamte.

Die Reichs- und die Staatsregierung haben unter Aufhebung aller bisherigen Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen nunmehr folgende Sätze in Aussicht genommen:

Die monatlichen Zulagen betragen bei einem Diensteinkommen bis 1800 Mark in den teuersten Orten 200 Mk., in teueren Orten 180 Mk., in anderen Orten 150 Mk., bei einem Einkommen von 1800—4800 Mk. 195 Mk., 170 Mk., 140 Mk., bei einem Einkommen von 4800—13 000 Mark 190 Mk., 100 Mk., 130 Mk. Dazu kommen für jedes Kind in den teuersten Orten 50 Mk., in teueren Orten 40 Mk., in anderen Orten 30 Mk. Ledige sollen 80 v. H. der Sätze für Verheiratete ohne Kinder erhalten. Ledige mit eigenem Hausstande sind den kinderlos Verheirateten gleichzustellen. Ledige Beamte mit Unterstützungspflicht gegenüber Familienangehörigen usw. werden wie kinderlos verheiratete Beamte abgefunden. Die Ruhegehaltsempfänger werden in der bisherigen Weise bedacht, d. h. sie erhalten 50 bis 100 v. H. der den im Dienste befindlichen Beamten zu zahlenden Zulagen.

In den Teuerungsbezirk A sind diesen gem Orte versetzt, die in der Ortsklasseneinteilung von 1909 in Klasse A Aufnahme gefunden haben.

Die Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft

vom 16. März 1919 — Reichsgesetzblatt vom 19. 3. 1919 — hat in erster Linie die Vermittlung solcher Personen im Auge, welche früher in der Landwirtschaft oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind. Die Tendenz der Verfügung geht offenbar dahin, der Landwirtschaft vor allem geeignete, also mit der Landwirtschaft vertraute, Leute zuzuführen. Deshalb sollen auch die Vergünstigungen der Verordnung über freie Bahnfahrt, Beihilfe zu den Reisekosten, die Bahnbeförderung des Umzugsgutes der Familienangehörigen usw. nur ehemaligen Landarbeitern gewährt werden. Praktisch werden sich aus dieser Einschränkung keine Nachteile ergeben, denn in der Hauptsache werden sich zur Annahme von Stellen in ländlichen Betrieben nur frühere Landarbeiter melden, da es nach der Verordnung den Arbeitsnachweisen verboten ist, eine Kategorie von Arbeitern, sofern sie bei Ausbruch des Krieges oder während des Krieges in derartigen Betrieben beschäftigt waren, in andere Betriebe als land- oder forstwirtschaftliche zu vermieten. Auch dürfen Arbeitgeber außerhalb der Land- oder Forstwirtschaft derartige Arbeitskräfte nicht einstellen.

Wo aber eine Vermittlung anderer Arbeiter in Frage kommt, tritt dessend der § 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ein, in der Fassung, welche er am 14. 3. erhalten hat, abgedruckt in Nr. 66 der „Wirtschaftlichen Demobilmachung".

Es erscheint nicht ratsam, auf die Bevorzugung unserer Landarbeiter gegenüber anderen Erwerbslosen in Bezieheung auf die Zumeisung offener ländlicher Stellen und anderes mehr allzu eifrig hinzuweisen, zumal ja auch der Betrieb der früheren landwirtschaftlichen Beschäftigung ziemlich dehnbar ist.

Etwas ganz Wichtiges!

Die hohe Polizei hat gerufet, folgendes anzuordnen und bekanntzugeben:

Die Amtsbezeichnungen der hiesigen Polizeiexekutivbeamten sind wie folgt abgeändert: statt Polizeisergeant (Kriminal-Polizeisergeant) — Polizeiwachtmeister (Kriminalwachtmeister), statt Polizeiwachtmeister (Kriminal-Polizeiwachtmeister) — Polizeioberwachtmeister (Kriminaloberwachtmeister), statt Polizeioberwachtmeister — Bezirksoberwachtmeister.

Die Zahlung der Militärrenten für April beginnt beim Postamt 1 (Gr. Steinstr.) am 29. März. Hierzu wird bemerkt: Die Militärrenten werden bereits an den letzten Werktagen des vorhergehenden Monats gezahlt, weil es den meisten, besonders aber den Postämtern mit großem Zahlungsverkehr unmöglich sein würde, sie am Fälligkeitstage, also am 1. d. Mts., zu zahlen. In dieser Zeit herrscht an und für sich schon ein reger Verkehr an den Postschaltern, zudem sind am 1. die zahlreichen Alters-, Invaliden- und Unfallrenten zu zahlen, wozu z. B. das hiesige Postamt 1 allein 12 Beamte freimachen muß. Aus Unkenntnis dieser Schwierigkeiten heben viele Rentenempfänger ihre Bezüge nicht bereits am zweit- oder drittletzten Werktage des vorhergehenden, sondern erst in den ersten Tagen des Fälligkeitsmonats ab. Vielfach tun sie das auch deshalb, weil sie glauben, alsdann schneller abgefertigt zu werden. Tatsächlich erreichen sie aber nach dem Gesagten das Gegenteil. Die Militärrenten-Empfänger werden daher gebeten, in ihrem eigenen Interesse, im Interesse der Post und der Alters- und Invaliden-Rentenempfänger, denen sie den Weg am Schalter versperren, ihre Bezüge stets in den letzten Tagen des vorhergehenden Monats abzuheben.

* Die Beerdigung Meiseberos hatte Mittwoch nachmittag eine ungeheure Menge auf die Straßen gelockt und schon lange vorher bildete man am Markt und an anderen Stellen Spalier. Zwischen 3 und 4 Uhr bewegte sich der Zug durch die Stadt. Eine halbe Stunde dauerte der Vorbeimarsch des Ehrengeleites für den Ermordeten; über 100 Kränze und 10 rote Fahnen wurden von Matrosen, Arbeitern, die gewerkschaftsweise dem Sarge folgten, mitgeführt. Vorher hatte im Volkspark die Trauerfeier stattgefunden, bei der Parteisekretär Hildebrandt sprach. Die Beerdigung verlief sonst ohne Zwischenfall.

* Eine eigene Liste zur Stadtverordnetenwahl wollen die Hausbesitzer aufstellen. Sie soll den Namen Mittelstandsliste erhalten und vor allem nicht wiedergewählte verdiente Stadtverordnete auf sich vereinigen, sonst aber „parteilos" sein.

Abholung von Plündergut. Der größte Teil des Plündergutes ist bereits an die Eigentümer zurückgegeben. Trotzdem lagern noch sehr viel Sachen in der Moritzburg, die noch nicht anerkannt wurden. Es ergeht hiermit die Aufforderung an alle Geschädigten, bis Sonnabend, den 29. d. Mts., einschließlich, ihre Ansprüche in der Moritzburg geltend zu machen. Die bis zu diesem Zeitpunkt nicht anerkannten Sachen werden später durch die Behörde verkauft werden. Die Rückgabe der anerkannten Sachen erfolgt am Montag, den 31. d. Mts., von 11 Uhr ab.

Das Mieteinigungsamt macht darauf aufmerksam, daß die Vermieter nicht übersehen dürfen, daß auch in dem Falle, in welchem das Mieteinigungsamt die Kündigung genehmigt hat, eine besondere Kündigung noch ausgesprochen werden muß, das ist namentlich in dem Falle von besonderer Wichtigkeit, wenn auch dem Mietvertrage schriftliche Kündigung notwendig ist. Diese schriftliche Kündigung muß vielfach unmittelbar um 1. des Quartals erfolgen.

* Schutzwehr und Rotes Kreuz. Im Rahmen der Organisation der Schutzwehr ist auch die ärztliche Hilfeleistung für den Fall des Ausbruchs von Unruhen jetzt sichergestellt worden. Damit Verwundete schnell versorgt werden können, sind in den einzelnen Stadtteilen Verbandplätze eingerichtet worden, die in der Zeit der Not mit Aerzten und Krankenträgern besetzt werden, und zwar wird diese ärztliche Hilfe unterschiedslos einem jeden gewährt werden, der sie nachsucht. Die Aerzte walten ihrer Tätigkeit ehrenamtlich. Die Einrichtung wird unter den Schutz des Roten Kreuzes gestellt.

Eine Fahrplanänderung in Bezug auf die Schnellzüge D 140 und D 241 Berlin—Frankfurt a. M. wird im amtlichen Teile bekanntgegeben.

* Bestimmungen über den Postverkehr mit dem von polnischen Truppen besetzten preußischen Gebiet. Nach diesem Gebiet ist vom 3. März ab der Postanweisungs-, Postscheck-, Nachnahme- und Postauftragsverkehr wieder zugelassen worden.

* Turnen des weiblichen Geschlechts. Hierzu wird uns geschrieben: In dem wichtigen Kapitel Volksgesundheit nimmt das Turnen neben anderen hygienischen Maßnahmen die erste Stelle ein. Ueber den Wert des Männerturnens braucht nicht nichts erwähnt zu werden, wohl aber über das Turnen des weiblichen Geschlechts. Das Bekenntnis: In der Gesundheit und Kraft der Frau liegt die Zukunft unserer Geschlechter — ist die Richtlinie für die Weiterentwickelung des weiblichen Turnens. Aber nicht nur straffe und elastische Muskeln, sondern auch die Stärkung des Nervensystems soll erstrebt werden: erhöhte Regsamkeit und Entschlußfähigkeit. Daß das Turnen auch auf Herz und Lungen zur gesunden Tätigkeit beiträgt, ist von ärztlicher Seite schon oft betont worden; aber auch das Wachstum und die Erzielung schöner Körperhaltung wird durch die Wissenstätigkeit der Uebungen außerordentlich gefördert. Deshalb müßten alle Frauen, Jungfrauen und Mädchen, vom jüngsten Lebensjahre ab, zum Turnplatz eilen, damit ihrem Körper und Geist Gesundheit und Kraft zugeführt wird. Und auch in Halle sollten die Frauen und auch Kinder sich überall dort am Turnen beteiligen, wo Gelegenheit geboten wird.

* Von der Universität. Die hiesige Universität hat einmütig einer Kundgebung der Danziger Technischen Hochschule zugestimmt, die sich gegen die Abtrennung deutschen Landes wendet.

Städtische Frauenschule. Die zuerst für November/Dezember, dann für Februar und März angekündigten pädagogischen Vorträge für Eltern und Erzieher in der Städtischen Frauenschule haben leider nicht gehalten werden können, da der Belagerungszustand zuerst nicht erlaubte, die abendlichen Vorträgestunden inne zu halten und weil weiterhin der Vortragssaal der Frauenschule durch Regierungstruppen belegt ist. Die Vorträge sollen nun gleich nach Ostern, der erste am 2. Mai, Freitag abends 8 Uhr, stattfinden. Inhaber von Karten, die durch die Verlegung der Vorträge an der Teilnahme verhindert sind, können den eingezahlten Betrag in den Vormittagsstunden bei dem Hausmeister der Frauenschule abholen.

Tod der Straße. In der Landwehrstraße riß der Leitungsdraht der Straßenbahn. Der Verkehr wurde bis zur Wiederinstandsetzung durch Umsteigen aufrechterhalten. — Zum Aufheben eines durch Mattigkeit in der Ludwig-Wucherer-Straße gestürzten Pferdes wurde die Feuerwehr herbeigerufen, die das Tier wieder auf die Beine brachte. — Ein 65jähriger Arbeiter erlitt in der Gr. Ulrichstraße einen Schwächeanfall. Da er sich nicht wieder erholte, wurde er mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht.

„Kaufmann Hermann Schnitze oder Schulze aus Halle." Am 13. Februar d. Js. ist in einem Gasthaus in Hamburg eine 6 bis 7 Monate alte männliche Kindesleiche gefunden worden. In dem in Betracht kommenden Zimmer hatte vorher ein Mädchen gewohnt, das am 4. Februar mit seinem angeblichen Vater angekommen war. Während dieser schon an demselben Tage abgereist ist, ist das Mädchen bis zum 11. dort geblieben. Der Vater hat folgende Eintragung in das Fremdenbuch gemacht: „Kaufmann Hermann Schnitze (kann auch Schulze heißen), geb. 21. 12. 1869 Halle a. S., mit Tochter". Wer zur Ermittelung der Personen Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

Vermißt wird seit 6. 3. der Friseurlehrling Kurt Gäbler, am 30. 4. 1903 in Halle geboren. Er ist etwa 1,63 Meter groß, schlank, hat länglisches, gesundes Gesicht, braune Augen, dunkle Haare. Bekleidet war er mit blauem Jackett und Weste, graugestreifter Hose, grauem weichen Hut, schwarzen Schnürstiefeln und weißem rotgestreiften Hemd. Wer Angaben über seinen Verbleib machen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 36, melden.

* Volkstümliche Händel-Aufführung. Die der politischen Verhältnisse wegen verschobene Aufführung des Oratoriums Saul durch die Hallische Singakademie (Leitung: Willi Wurfschmidt) findet nunmehr am Donnerstag, den 3. April, abends 7 Uhr in den Thalia-Sälen statt.

Stadttheater. Heute, Freitag, 7 Uhr wird das Lustspiel „Nur ein Traum" von Lothar Schmidt gegeben, Sonnabend 7 Uhr „Undine". Sonntag nachmittag 2½ Uhr gelangt als Volksvorstellung bei kleinen Preisen das Lustspiel „Renaissance" zur Aufführung. Sonntag abend 6 Uhr „Lohengrin", Montag „Das Dreimäderlhaus".

Walhalla-Operetten-Theater. Heute Freitag ist die Erstaufführung der großen Operette „Der Kastelbinder" von Franz Lehar. Die Vorstellung beginnt heute punkt 7 Uhr, von morgen ab wieder wie gewöhnlich 7.10 Uhr. Sonntag nachmittag zur Familien-Vorstellung wird zum erstenmal „Zwerg Nase", Märchenposse mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern, gegeben. Das Stück ist für Jung und Alt sehr lustig und unterhaltend und wurde überall mit viel Erfolg aufgeführt. Es gelten kleine Preise, Kinder halbe Preise.

Expressionismus in der bildenden Kunst. Wir machen nochmals auf den vom Künstlerverein auf dem Pflug veranstalteten Vortrag des Kunstkritikers Professor Dr Wackernagel aus Leipzig über Expressionismus aufmerksam. Professor Dr. Wackernagel war früher Privatdozent an unserer hallischen Universität. Eintrittskarten bei Hothan laut gestriger Anzeige.

Apollo-Theater.

Der Spielplan der Max Waldenschen Operettengesellschaft bringt z. Zt. in neuer Einstudierung Georg Jarnos dreiaktige Operette „Das Farmermädchen", ein sehr anspruchsloses Werk, das stofflich lebhaft an die „Dollarprinzessin" erinnert, mit der sie allerdings musikalisch nicht zu vergleichen ist. Jarno arbeitet auch im Farmermädchen mit großem Orchesterapparat, er bringt wieder eine Anzahl hübscher Gesangschlager, wie das Heimatlied. Da ist das blühende Leben, das Telephon-Duett u. a., welche ebenso wie die Tanznummern dankbaren Beifall fanden. Aber es ist lediglich Unterhaltungsmusik ohne tieferen Wert. Die Handlung, welche zuerst in einer Farmeransiedlung in Wild-West, dann nach New York führt, wirkt wie eine Lederstrumpfiade, und daß das arme Farmermädel sich in einen reichen Amerikaner und die vielfache Millionärin Miß Glya sich in den armen Farmer Jack verliebt, ist in einer Anzahl humorvoller Szenen geschildert; ebenso weiß die Figur des einstigen Wunderdoktors Jefferson — von Dir. Max Walden in allen Einzelheiten vorzüglich dargestellt — das Publikum in dauernder Heiterkeit zu erhalten. Die Titelrolle gab Frl. Leninger mit viel Temperament, leider ohne innere Wärme in den Gefühlsmomenten. Frl. Dittmann zeigte für ihre Miß Glya eine schöne Erscheinung und flottes Spiel. Dasselbe ist von dem hallischen Kredo des Herrn Michels zu sagen. Den etwas gesetzten Jack gab Herr Kaiser recht sympathisch und Frl. Siemerling war als Miß Dorothy eine der besten Leistungen des Abends. Die Regie leistete mit den leider etwas bescheidenen Mitteln Gutes, nur hätten sich die Damen von Wild-West besser schminken sollen. Doch — genug! „Das Farmermädchen" dürfte noch eine ganze Reihe entbehrlicher Wiederholungen erleben.

Wbr.

Gewerkschaftliches.

Arbeitskleidung steuerfrei, Gewerkschaftsbeiträge nicht.

Die Generalkommission richtete am 8. März an das Preußische Finanzministerium das Ersuchen, die Steuerbehörden anzuweisen, daß von dem zu veranlagenden Einkommen der Arbeiter Abzüge in Höhe der Ausgaben zur Arbeitskleidung und für Gewerkschaftsbeiträge zulässig sind. Der Finanzminister hat auf die Eingabe unter dem 19. März folgenden Bescheid erteilt:

„Die Mehrkosten, d. h. die über den persönlichen außerberuflichen Bedarf hinausgehenden Kosten die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erwachsen, sind als „Werbungskosten" nach § 51 des Einkommensteuergesetzes vom Rohreinkommen aus gewinnbringender Beschäftigung abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens der Finanzministers mehrfach auf angemessene Berücksichtigung dieser Abzüge hingewiesen worden, und ich darf annehmen, daß im allgemeinen hiernach verfahren wird. Sollten in Einzelfällen trotzdem sich berechtigt erachtete derartige Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der gesetzlichen Rechtsmittel die Veranlagung anzugreifen.

Falls in irgend einem Veranlagungsbezirke der Abzug für Arbeitskleidung allgemein zugelassen sein sollte, wäre mir Mitteilung hierüber erwünscht.

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig. Sie fallen nicht unter die im § 5, 1—5 des Einkommensteuergesetzes als abzugsberechtigt aufgeführten Beiträge zu den behördlichen Berufskammern, sind auch nicht nach § 8 II 3 a. a. O. zum Abzug zuzulassen, weil sie dem zu ihrer Entrichtung Verpflichteten keinen klagbaren Anspruch auf bestimmte, in den Rahmen seiner gesetzlichen Vorschrift fallende Vorteile gewähren und können endlich auch nicht nach § 8 I 1 als allgemeine Werbungskosten in Betracht kommen, weil sie nicht unmittelbar der Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Quellenertrages dienen. Die gesetzliche Ausdehnung der Abzugsfähigkeit auf die Gewerkschaftsbeiträge kann daher nicht vom Finanzminister im Verwaltungswege, sondern nur im Wege der Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingeführt werden. Ob das angängig ist, wird bei Gelegenheit einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes erwogen werden.

(gez.) Dr. Südekum.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 25. Heft vom 1. Band der 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die neue Agrargesetzgebung. Eine Erwiderung von Professor Dr Karl Ballod (Berlin). — Generalstreik in Berlin. Von Hermann Lüdemann. — Einheitsschule und Volksbildung. Ein Zukunftsvorschlag. Von Paul Oestreich. — Die Zentrumspartei vor und nach der Revolution. Von A. Kempkens. — Literarische Rundschau: W. Schiff, Internationale Studien über den Stand des Arbeiterschutzes bei Beginn des Weltkrieges. Von H. Fehlinger. Dr. Kurt Joachim Grau, Grundrik der Poesie. Von K. K.

Die Fahne.

Achtet Ihr!

Ich entreiße dem Chaos einen Fahnenschaft,
Mit der Faust trümmere ich in den Farbentopf,
Flamme auf die Fetzen:
Verschwimmen in Schaffen!!
Rast, fliegt, tobt, Ihr Hirne!
Zeugt, produziert, stellt auf Beine!
Genuß, Ruhe, Freude sei Tropfen,
Schaffen — Flut!
Stoßhaft pflanze ich das Banner:
Nun wehet, Genossen!
Achtet Ihr!

Walther Victor.

Eingesandt.

Sollte sich wirklich nichts ändern lassen?

„Zeit ist Geld!"

Seit Jahren hat die Bevölkerung unter den unglücklichen Verhältnissen zu leiden, die der Krieg und seine Folgeerscheinungen hervorgerufen haben, insbesondere ist die unbemittelte Bevölkerung darunter hart betroffen. Nun sollte man annehmen, daß durch die Länge der Zeit Erfahrungen gesammelt und aus den offensichtlichen Mißständen Lehren gezogen würden, dem ist aber nicht so und auch die „neue Zeit" geht daran spurlos vorüber.

Es wird viel darüber geredet, daß vor allem Ausnutzung der Zeit nötig ist, daß „gearbeitet", „mehr" gearbeitet werden müsse, aber gerade die Stellen, die darauf hinarbeiten sollten, daß das geschehen könnte, bieten geradezu Widersinnige. Da ist z. B. die Bezugsscheinstelle; meine Frau hat noch Zutritt, aber abgefertigt wird sie nicht (wenigstens nicht in gewünschter Richtung!) weil den betr. Angestellten-Damen die Stunde geschlagen hat und diese es nicht über sich gewinnen können, aus rein menschlichem Mitgefühl einige Minuten Zeit sich verkürzen zu lassen; während von meiner Frau erwartet wird daß sie den Weg dahin andertags nochmal macht ihre Kinder daheim sich selbst überlassend. Wenn die betreffenden — jedenfalls alleinstehenden — Damen sich nicht selbst klar darüber sind, was das heißt, dann sollte man doch annehmen, daß es ihnen von anderer Seite längst plausibel gemacht sein müßte. — Sodann die Brennstoffhändler! Vor den geschlossenen Tore von Böhlert sammeln sich täglich eine größere Anzahl Leute, die das dringende Verlangen tragen, in den Besitz von (wenn auch nur ¼ Zentner) Briketts zu gelangen; gibt es nun wirklich einmal welche, so ist dann das vorhandene Quantum in der Regel so unzureichend, daß nur ein kleiner Teil der Harrenden bedacht werden kann, die Stärkeren sind dabei im Vorteil; die übrigen ziehen wieder nach stundenlangen Warten in Wind und Wetter leer ab, an anderntags dasselbe ergötzliche Schauspiel genießen zu können. Richtig wäre doch nun, damit auch diese letzteren bestimmte Aussicht haben, ihr Verlangen gestillt zu sehen, wenn auch zu einem späteren Zeitpunkte, daß diesen Bezugsscheine eingehändigt würden, die ihnen ein Anrecht für's nächste Mal geben. Wenn die betreffenden Kohlenhändler nicht selbst auf ein solches zweckmäßiges Verteilungssystem verfallen, kann dann die Ortskohlenstelle nicht dahin wirken! Es liefe sich der Faden auch nach anderer Seite hin beliebig ausspinnen, doch mögen diese Beispiele genügen, um zu zeigen, daß man aus gemachten Erfahrungen Lehre nicht zieht, alles predigen einsichtiger Beurteiler zwecklos ist und alles hübsch beim alten bleibt.

Lg.

Briefkasten der Redaktion.

J. F. Gassenbeinchen. Ein rechtlicher Anspruch besteht nicht. Falls die Eltern bisher Kriegsunterstützung erhielten, kann auf Antrag die Lohnungszahlung bewilligt werden. In diesem Falle wenden Sie sich unter Beilegung eines Bescheinigung über die Beschäftigkeit an das Regiment. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190328-18/fragment/page=0006